

3. Das Politische als diskursiver Raum der Hegemonie

Auf dem Weg, Hegemonie als politisch-diskursive Form der Vorherrschaft zu erklären, wurden als erster Schritt im vorangegangenen Kapitel die hier relevanten Aspekte des Funktionierens diskursiver Prozesse erörtert. Als *Movens* der Diskurse haben wir dabei die unendliche Zahl von Artikulationen ausgemacht, die immer wieder aufs Neue das Geflecht der diskursiven Elemente arrangieren. Im Zuge dieses Arrangierens kommt es zugleich kontinuierlich zu Verschiebungen von Sinn und Bedeutung und zur Ausformung von Mustern oder Regelmäßigkeiten. Wenn Hegemonie als politisch-diskursives Phänomen bzw. als Phänomen politischer Diskurse analysiert wird, so bedeutet dies, daß wir ein spezifisches Muster diskursiver Praxis – das Muster der Hegemonie – suchen, welches sich vor einem Hintergrundmuster konstituiert, und zwar vor dem Hintergrundmuster des Politischen, dessen Vorhandensein einen Diskurs zum politischen Diskurs werden läßt.

Der Kategorie des Politischen ist bislang von Seiten der Diskurswissenschaften nur relativ geringe Aufmerksamkeit gewidmet worden. Zwar ist das Bemühen um eine Theorie und Methode zur Analyse politischer Diskurse keineswegs neu, doch im Anschluß an Louis Althusser 1971 publizierte Aufsatz „*Idéologie et appareils idéologiques d'Etat*“ (wieder abgedruckt in Althusser 1995: 269-314) stand dabei von Beginn an, insbesondere im wegweisenden Werk Michel Pêcheux (v.a. 1982 [1975]; 1990), der Zusammenhang von Ideologie und Diskurs im Zentrum des Interesses. Während die Konzentration auf die Ideologiekritik sich noch Mitte der 1980er Jahre als Spezifikum der französischen politischen Diskursanalyse beschreiben ließ (vgl. Seidel 1985: 44), läßt sich heute feststellen, daß auch außerhalb Frankreichs, etwa in Deutschland, die weitgehende Gleichsetzung von politischer Diskursanalyse und

Ideologiekritik fortgeschrieben wird. So behauptet etwa Siegfried Jäger (1994: 13), durch Diskurse würden „Ideologien umgesetzt“, und Paolo Donati (2001: 147) kann in einem jüngeren Handbuchartikel feststellen, daß in den meisten neueren Studien der politische Diskurs als der Ort verstanden wird, „an dem jene ideellen Elemente produziert werden, durch die die Realität sinnhaft verstanden und gestaltet wird. Dies [der politische Diskurs, MN] bedeutet nichts anderes als politische Ideologie.“ Eine Analyse politischer Diskurse hätte demnach ihr Hauptaugenmerk auf die Konflikte zu richten, die in Diskursen zwischen verschiedenen ideologischen Positionen sprachlich und interpretatorisch ausgetragen werden (vgl. ebd.: 147/148).

Da sich die meisten AnalytikerInnen politischer Diskurse auf den Topos der Ideologiekritik konzentrieren, gerät die Problematik einer klaren Konzeption des Politischen aus den Augen. Es wird, mit anderen Worten, nicht hinreichend deutlich, was das Spezifische eines politischen Diskurses ist. Hinter den Ausführungen einiger AutorInnen scheint die Auffassung zu stehen, daß es die Konfliktivität ist, die einen Diskurs zum politischen Diskurs macht, das heißt, das Aufeinanderprallen verschiedener Diskurse bzw. diskursiver Positionen (z.B. Donati 2001: 148; Seidel 1985: 44; Nullmeier 2001). Eine solche Konzeption könnte sich vielleicht auf die wenigen Passagen im Foucaultschen Werk beziehen, in denen sich eine Gegenläufigkeit von Diskurs und Gegendiskurs andeutet (vgl. z.B. Foucault 1995[1975]: 373-378; Foucault 1997[1976]: 123). Über den impliziten Verweis auf einen konfliktorientierten Begriff des Politischen hinaus bleibt jedoch eine eingehende Erörterung des Politischen an der Schnittstelle von Diskurswissenschaft und Politik aus. Wenn eine solche Erörterung nun unternommen wird, so vor allem mit dem Ziel, das diskursive Muster des Politischen, welches das Hintergrundmuster der Hegemonie bildet, zu rekonstruieren. Es geht, mit anderen Worten, darum herauszufinden, was einen Diskurs zum politischen Diskurs macht. Darüber hinaus möchte ich aber auch explizieren, welchen Begriff des Politischen ich dieser Untersuchung zugrunde lege.

Eine terminologische Anmerkung sei dieser Auseinandersetzung mit dem Politischen vorausgeschickt: Die Begriffe der Politik und des Politischen werden, wie im Laufe der Ausführungen in diesem Kapitel deutlich werden wird, von vielen AutorInnen synonym verwendet. Einen Weg aus dieser zwar verbreiteten, aber unbefriedigenden begrifflichen Unschärfe offeriert Ernst Vollrath:

Gesucht wird im Politischen ein Urteilsmaßstab, der es erlaubt, das, was politisch ist oder was als etwas Politisches bestimmt werden kann, von dem zu unterscheiden, was nicht politisch ist. Der Begriff des Politischen faßt also die

Modalität oder die Qualität, die politischen Charakter hat, philosophisch gesprochen: das Politischsein. Die Absicht ist es, an allen möglichen Phänomenen – an Personen ebenso wie an Institutionen, an Ereignissen ebenso wie an Prozessen, an allem also, was ‚Politik‘ genannt werden kann – das Vorkommen beziehungsweise die Abwesenheit, das Ausmaß wie den Mangel, die Angebrachtheit wie die Unangemessenheit von deren politischer Modalität oder Qualität mit Hilfe dieses Begriffs beurteilen zu können. Die Angemessenheit eines Begriffs des Politischen muß sich an dieser analytischen Kapazität zur Differenzierung ausweisen (Vollrath 1988: 315; vgl. hierzu ausführlich Vollrath 1987: 29-56).

Das Ziel Vollraths bei der Konzeptionierung des Politischen als Maßstab zur Beurteilung des Phänomens Politik besteht letztlich darin, ein Kriterium zur Unterscheidung „einer authentisch politisch qualifizierten Politik und einer unpolitisch-pervertierte[n] Politik“ zu gewinnen (Vollrath 1990b: 287). Eine derartige ambitionierte Suche nach dem Eigentlichen des Politischen kann jedoch hier nicht das Ziel sein – zu sehr stünde sie im Gegensatz zu dem, was im vorangegangenen Kapitel über die Eigentlichkeit von Bedeutungen gesagt wurde. Deshalb werde ich zwar Vollraths Überlegung folgen, einen Begriff des Politischen als Kriterium der Differenzierung einzuführen. Aber es geht dabei nicht darum, anhand dieses Kriteriums in irgendeiner Weise das Wesen „authentischer“ Politik zu erforschen. Meine Absicht besteht vielmehr darin, ein *heuristisches* Differenzkriterium zu finden, anhand dessen sich ein Diskurs als politischer Diskurs auszeichnen läßt. Mit anderen Worten: Wenn man davon ausgeht, daß bestimmte Diskurstypen von bestimmten Regelmäßigkeiten geprägt sind (diese Annahme ist in den Diskurswissenschaften weit verbreitet), dann wird im folgenden nach der spezifischen Regelmäßigkeit politischer Diskurse gefragt. In diesem Sinne kann man das Politische als eine bestimmte Regelmäßigkeit oder Logik begreifen, deren Vorhandensein die Qualifizierung eines Diskurses als politischer Diskurs gestattet – ohne dabei darauf beschränkt zu sein, solche politischen Diskurse ausschließlich im Phänomenbereich dessen zu suchen, was üblicherweise als Politik oder als politisches System bezeichnet wird. Keineswegs ausgeschlossen werden soll dabei, daß tatsächlich Ideologiekritik und politische Diskursanalyse Gemeinsamkeiten aufweisen können; ebensowenig, daß entsprechend der Überlegungen einiger der genannten Autoren Konflikthaftigkeit ein wesentliches Merkmal politischer Diskurse ist. Gerade für Letzteres lassen sich zahlreiche Anhaltspunkte finden.

Zu Beginn der Suche nach diesen Anhaltspunkten steht im folgenden eine kurze Rekonstruktion der politischen Funktionen von Symbolik und Sprache, wie sie in der Politikwissenschaft regelmäßig diskutiert wer-

den. Hieran schließt sich ein genauerer Blick auf zwei Denktraditionen des Politischen in der politischen Philosophie an: das Denken Carl Schmitts, der im Konflikt zwischen Freund und Feind das entscheidende Element des Politischen sieht, und das Denken Hannah Arendts, in dem das gemeinschaftliche Handeln für die gemeinsame Zukunft die zentrale Rolle spielt (3.1). Anschließend wird unter Bezugnahme auf Claude Lefort, Marcel Gauchet und Ernesto Laclau begründet, weshalb diese beiden oft als unvereinbar geltenden Denktraditionen komplementär gelesen werden sollten (3.2). Schließlich wenden wir uns der am Ende des zweiten Kapitels aufgeworfenen Frage zu, wie die Leitbegriffe politischer Diskurse zu ihren „positiven“ normativen Bedeutungen kommen. Hierbei spielt das Laclausche Theorem des leeren Signifikanten eine entscheidende Rolle (3.3).

3.1 Das Politische des politischen Diskurses

Ich werde mich dem Politischen, insofern es einen Diskurs als politischen Diskurs auszeichnet, nun auf zwei Weisen annähern: zunächst über die spezifisch politischen Funktionen, die dem Komplex Diskurs/Sprache/Symbolik zugeschrieben werden, und anschließend über die Theorien des Politischen selbst.

Geht man der Frage nach den politischen Funktionen von Diskurs, Sprache und Symbolik nach, so fällt auf, dass insbesondere zwei Funktionen immer wieder thematisiert werden: erstens die Funktion, Symbole des Gemeinsamen bzw. der Gemeinschaft zur Verfügung zu stellen und so diese Gemeinschaft erst zu ermöglichen; und zweitens die Funktion, im Raum von Sprache und Symbolik Konflikte auszutragen und zu vermitteln. Daß politische Symbolik und politische Sprache als wesentlich für die Selbstvergewisserung politischer Gemeinschaften sind, daß sie mithin als Instrumente für die Herstellung sozio-politischer Einheit dienen, betont vor allem die ideengeschichtlich inspirierte und anthropologisch argumentierende Politische Theorie. „Die Selbsterhellung der Gesellschaft durch Symbole ist ein integraler Bestandteil der sozialen Realität“, formulierte etwa Eric Voegelin (1959: 49/50) und hob weiter hervor: „man kann sogar sagen ihr wesentlicher Bestandteil, denn durch eine solche Symbolisierung erfahren die Menschen die Gesellschaft, deren Glieder sie sind [...] als Teil ihres menschlichen Wesens.“ Ganz offensichtlich besteht die Funktion der politischen Symbolik also im Verweis darauf, was die Mitglieder einer Gemeinschaft in ihrer Substanz und in ihrem Streben eint, also auf ein Gemeinsames in bezug auf das menschliche Sein und auf das menschliche Sollen – in diesem Fall sogar des

„höchsten“ Gemeinsamen, der Gemeinschaft als menschliche Wesen. Entsprechend dieser anthropologischen Argumentation wird der Mensch in Anlehnung an Ernst Cassirer als *animal symbolicum* begriffen (vgl. Cassirer 1960[1944]: 40), an dessen jeweilige Erfahrung und individuelles Bewußtsein die Symbolisierung der gemeinsamen Ordnung gebunden ist. Zwar resultiert aus einer Vielzahl der Erfahrungsmodi und deren Symbolisierungen eine „Pluralität politischer Gesellschaften mit divergierender Selbstinterpretation, d.h. konkurrierenden Ansprüchen auf Repräsentation transzendenter Wahrheit“ (Gebhardt 1980: 53), die sich jedoch strukturell insofern gleichen, als sie stets auf eine „Interpretation der Gesamtexistenz des Menschen“ abheben (ebd.: 53/54). Im Extremfall kann es zur kriegerischen Konfrontation verschiedener dieser konkurrierenden Symbolisierungen kommen, weshalb im Raum des Politischen auch der Konflikt als wichtige Größe auftritt. Entscheidend ist aber die anthropologische Konstante – die „Menschenwesentlichkeit“ –, weshalb dem Aspekt des Gemeinsamen der Vorrang gebührt. Dies zeigt sich auch darin, daß die politische Symbolisierung an der Menschenwesentlichkeit normativ zu messen ist: „Normative Beurteilung von Symboliken, auch unterschiedliche, ist notwendigerweise eine Reflexion über die Wirklichkeit dessen, was Menschenwesentlichkeit ist“ (Gebhardt 1980: 59).

Wenn der Topos der symbolischen oder diskursiven Repräsentation des Gemeinsamen diskutiert wird, so geschieht dies jedoch keineswegs nur unter Rekurs auf ein anthropologisches Gemeinsames der Menschenwesentlichkeit. Tendenziell noch häufiger findet sich die Überlegung, daß nur auf der Basis sprachlichen Interagierens Gefolgschaft und Zustimmung zum gemeinschaftlichen politischen Handeln (oder doch wenigstens Gefügigkeit der politisch Beherrschten angesichts des Handelns der Eliten im Namen der Allgemeinheit) dauerhaft erzielt werden können. „Sprache ist Politik und Politik ist Sprache, weil politische Herrschaft zwar auch mit physischer Gewalt begründet werden kann, aber dennoch ohne Zustimmung der Beherrschten keinen andauernden Erfolg hat“, stellte Wolfgang Bergsdorf (1977: 41) fest. Ganz ähnlich formulierte Murray Edelman in der vielleicht bis heute einflußreichsten politikwissenschaftlichen Studie zu Politik und Symbolik: „Through language a group can not only achieve an immediate result but also win the acquiescence of those whose lasting support is needed“ (Edelman 1972[1964]: 114).¹ Entsprechend bezeichnet Ulrich Sarcinelli, der in

1 Auch Edelman verweist darauf, daß Zeichenstrukturen dazu dienen, den Menschen einen universalen Identifikationsgrund zu bieten: „the right, the true, the inevitable“. Aber Edelman bewertet diese Signifikanten des Allgemeinen nicht normativ, all diese Identifikationsgründe dienen seines Er-

mancher Hinsicht an Edelman anschließt, politische Symbolik als „unverzichtbares Steuerungsinstrument eines loyalitätssichernden Politikmanagements“ (Sarcinelli 1987: 66). Edelmanns verschiedene Studien verfolgen im wesentlichen eine sozialpsychologische Argumentation (vgl. auch Sarcinelli 1987: 59-62): Weil die meisten Bürger Politik nur aus der Zuschauerperspektive kennen würden – als „a passing parade of abstract symbols“ (Edelman 1972[1964]: 5) –, komme der Sprache im wesentlichen die Funktion zu, über abstrakte Verdichtungssymbole, denen in der Lebenswelt der meisten keine Referenzobjekte entsprechen, die psychologischen Bedürfnisse der Menschen anzusprechen. Dabei kann Sprache eine beschwichtigende oder eine bedrohliche Wirkung haben (vgl. ebd.: 6-10) und sprachliche Zeichen werden mit Affekten und Emotionen konnotiert (vgl. ebd.: 116-124). Indem er die symbolische „evocation of arousal or quiescence in mass publics“ – und nicht die Befriedigung bestimmter Bedürfnisse durch einzelne Policies – als wesentliches Output politischen Handelns benennt, positioniert sich Edelman vor allem gegen die politische Systemtheorie etwa im Sinne Eastons (Edelman 1971: 4, 7). Entscheidend seien nicht die Fakten im Sinne einer Eastonschen „allocation of values“ (vgl. Easton 1965), sondern die menschlichen Erwartungen hinsichtlich der Zukunft und diese gestalten sich je nach den sprachlichen Äußerungen der politischen Eliten hoffnungsfroh, mißtrauisch oder feindselig. Um die Erwartungen aller Gruppen hoffnungsfroh, die Unsicherheit niedrig und die Zustimmung möglichst hoch zu halten, greifen politische Eliten daher auf positiv konnotierte, auf das Gemeinsame und das Ganze einer politischen Gemeinschaft verweisende Verdichtungssymbole zurück – die „symbols of the whole“, ein Konzept, das Edelman von Harold Lasswell übernimmt (vgl. Edelman 1971: 9). Lasswell, der als Pionier des quantitativen Studiums der politischen Sprache gelten darf, hatte schon in den 1940ern auf die große Bedeutung derartiger „key symbols“ – als Kernelemente des politischen Mythos – hingewiesen (vgl. z.B. Lasswell/Leites 1968[1949]: 12/13).

Daß zentralen Symbolen oder Begriffen im politischen Diskurs große Bedeutung zukommt, ist eine Überlegung, die von nahezu allen Untersuchungen zu Sprache und Politik gestützt wird. Häufig wird diesbezüglich allerdings nicht primär herausgestellt, daß solche Begriffe die politische Funktion des Verweisens auf ein allen Gemeinsames bzw. auf ein Ganzes haben, sondern eine zweite Funktion betont, nämlich daß Symbolik, aber vor allem Sprache auch das Austragen politischer Kon-

achtens in gleichwertiger Weise allein dazu, daß des Menschen „dubious acts are sanctified and his responsibility as an individual entity minimized“ (Edelman 1972[1964]: 129).

flikte ermöglicht und befördert. Helmut Lübbe (1975[1967]: 97/98) hält etwa fest, daß „der Kampf gegen den politischen Gegner nicht zuletzt geführt [wird] als Kampf gegen seinen politischen Sprachgebrauch“, und auch von der „Geschichte als Sprachkampf“ ist die Rede (Leuenburger 1975), oder davon, daß „[s]ouverän ist, wer den Sachverhalt definiert“ (Schelsky 1974: 2). Offensichtlich gibt es zwei verschiedene Dimensionen des politisch-diskursiven „Kampfes um Wörter“ (Greiffenhagen 1980): Die eine Dimension steht in direkter Beziehung zur ersten politischen Funktion der Sprache bzw. der Symbolik, das heißt, es geht um den Konflikt, anhand welchen diskursiven Elements das gemeinsame Sein und Sollen bezeichnet wird. Ob etwa eine Wirtschaftsordnung, die allen Mitgliedern einer politischen Ordnung gerecht wird/werden soll, mit „Kapitalismus“, „freier Marktwirtschaft“, „Sozialer Marktwirtschaft“, „Sozialistischer Marktwirtschaft“ oder „Sozialismus“ signifiziert wird, stellt einen solchen Konflikt dar. Meistens ist jedoch die zweite Dimension eines Kampfes um Wörter gemeint, die dann zum Tragen kommt, wenn ein diskursives Element in relativ stabiler Weise das gemeinsame Sein und Sollen hegemonial signifiziert, dabei aber die detailliertere Deutung dieses Elements umstritten bleibt. Derartige Deutungskonkurrenzen bilden die Grundlage für das immer wieder diskutierte Unterfangen, Begriffe zu „besetzen“ (vgl. Biedenkopf 1982[1975]; Liedtke et al. 1991).

Der gewiß nur kursorische Blick in einige Untersuchungen zu Sprache/Symbolik und Politik liefert somit erste Hinweise darauf, daß sich im diskursiven Muster des Politischen zwei wesentliche Beziehungen wiederfinden: zum einen Beziehungen zum „Gemeinsamen“ oder „Ganzen“ einer Gemeinschaft, zum anderen Beziehungen der Konkurrenz oder des Konflikts. Es wird sich nun zeigen, daß auch dort, wo in der politischen Theorie das Politische verhandelt wird, eben diese beiden Aspekte immer wieder auftauchen, wenngleich in verschiedenen Traditionen bzw. mit unterschiedlicher Gewichtung.

Die Publikationen zur Eigenart und zur Rolle des Politischen in der Gegenwart sind Legion. Mit dieser Vielzahl geht eine entsprechende Vielfältigkeit der Standpunkte einher. Dies gilt zum einen für die Zielsetzung der Beiträge: Während etwa Ulrich Beck kühn die „Erfindung des Politischen“ anmahnt (Beck 1993), macht sich Jürgen Gebhardt lieber vorsichtig auf die „Suche nach dem Politischen“ (Gebhardt 1998). Gleichzeitig wird aber, wenn man die Überlegungen verschiedener AutorInnen kontrastiert, schnell deutlich, daß die AutorInnen wohl nicht alle vom selben Begriff des Politischen ausgehen. So spricht beispielsweise Thomas Meyer von einer „Transformation des Politischen“ (Meyer 1994) oder gar dem sich scheinbar anbahnenden „Ende des Po-

litischen“ (ebd.: 20), wo Chantal Mouffe noch kurz vorher „The Return of the Political“ (Mouffe 1993) konstatiert hat.²

Die gegensätzlichen Gegenwartsdiagnosen in bezug auf das Politische werden verständlich, wenn man die theoretischen Hauptbezugspunkte von Thomas Meyer und Chantal Mouffe betrachtet: Meyer bezieht seinen Begriff des Politischen vor allem aus dem Denken von Hannah Arendt, Mouffe aus dem Denken von Carl Schmitt (vgl. auch Mouffe 1999). Und in der Tat kann man wohl, wenn es um den Begriff des Politischen geht, von einer Art Arendt-Schmittischem Schisma der Politischen Theorie sprechen. Gebhardt (1998: 19) spricht in diesem Zusammenhang von einer „theoretisch grundierte[n] ideenpolitische[n] Kontroverse“ ähnlich dem sogenannten Historikerstreit – ohne daß diese Kontroverse aber explizit ausgetragen würde. Dem Schisma entsprechend können, so Gebhardt an anderer Stelle (2000: 140), zwei idealtypische Konzeptionen der Politik und des Politischen ausgemacht werden: „Ein herrschafts-, macht- und staatszentrierter Begriff der Politik lässt sich auf die kontinentaleuropäische Erfahrung des monarchischen Zentralstaates zurückführen, wohingegen ein bürgerschafts- und konsenszentrierter Politikbegriff auf die Idee und Erfahrung der sich selbst regierenden Bürgergemeinde rekurriert.“ Der Einfachheit halber werde ich im folgenden zwischen einem „realistischen“ (in Anlehnung an den Begriff der Realpolitik, für den Macht und Konflikt eine zentrale Rolle spielen³) und einem „bürgerschaftlichen“ Begriff des Politischen unterscheiden.⁴

Zentrale Elemente eines realistischen Begriffs des Politischen sind Staat(lichkeit), Souveränität, Macht(ausübung) und vor allem Konfliktivität. Neben Carl Schmitt werden mit dem realistischen Begriff des Politischen vor allem Machiavelli, Hobbes und Max Weber verbunden. Gerade Webers Überlegungen zur Politik sind nach wie vor prägend.

2 Auch in der jüngsten Vergangenheit ist wieder von der „Rückkehr des Politischen“ (Flügel et al. 2004) die Rede.

3 Ich lehne mich hier u.a. an Aleman (1994) an, der einen realistischen Begriff des Politischen im Sinne Machiavellis von einem normativen Begriff des Politischen im Sinne Aristoteles' unterscheidet.

4 Im Gegensatz zu dieser Zweiteilung unterscheidet Dolf Sternberger (1984[1978]) mit der aristotelischen Politologik, der machiavellischen Dämonologik und der augustinisch-marxistischen Eschatologik „drei Wurzeln der Politik“ (und macht dabei als normativ einzig tragbare die aristotelische Politologik aus). Eine Zweiteilung beschränkt sich demgegenüber im wesentlichen auf die Politologik und die Dämonologik. Eine anders gelagerte Dreiteilung des Feldes der Politik findet sich bei Étienne Balibar (1997), der Politik in den dreifachen ethischen Horizont der Emanzipation, der Veränderung und der Zivilität eingebettet sieht.

Ein wesentlicher Aspekt der Politik besteht diesen Überlegungen zufolge im „Streben nach Machtanteil“ (Weber 1997[1919]: 272) sowohl innerhalb eines Staates als auch zwischen Staaten. Damit einher geht notwendigerweise die Konfliktivität jeder Politik, wurde doch Macht in *Wirtschaft und Gesellschaft* definiert als „jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen“ (Weber 1980[1972, 1921/22]: 28).

Wie eben schon angedeutet, sind es aber vor allem die paradigmatischen Überlegungen Carl Schmitts, die den realistischen Begriff des Politischen heute prägen. Das dem Politischen Spezifische, stellt Schmitt in seiner Schrift *Der Begriff des Politischen* bekanntermaßen fest, „ist die Unterscheidung von *Freund* und *Feind*“ (Schmitt 1996[1932]: 26). Dabei muß der Feind keine besonderen Qualitäten aufweisen, kein ökonomischer Konkurrent und auch kein moralischer Bösewicht sein, es genügt die schlichte Andersheit. Das heißt gleichzeitig, daß die Freund-Feind-Logik des Politischen potentiell alle Bereiche menschlichen Seins – also auch die Ökonomie oder die Moral – durchdringen kann. Allerdings ist der Schmittsche Feind nicht der private Feind (der lateinische *inimicus*), sondern der öffentliche Feind (*hostis*), also eine Gesamtheit von Menschen, die einer anderen Gesamtheit in ihrer Andersheit gegenüber steht (vgl. ebd.: 29). Diese politische Andersheit kann im Extremfall immer zum unvermittelbaren Konflikt, d.h. zum Kampf auf Leben und Tod führen. „Die Begriffe Feind, Freund und Kampf erhalten ihren realen Sinn dadurch“, schreibt Schmitt (ebd.: 33), „daß sie insbesondere auf die reale Möglichkeit der physischen Tötung Bezug haben und behalten. Der Krieg folgt aus der Feindschaft, denn diese ist seinsmäßige Negierung eines anderen Seins.“ Dies bedeutet nicht, daß Politik den Krieg immer zum Ziel oder zum Inhalt habe, aber die „reale Möglichkeit“ des Krieges ist es, die menschliches Handeln als politisches Handeln konstituiert (vgl. ebd.: 34/35). Auf der Ebene des Politischen ist der Staat „die maßgebende Einheit“ (ebd.: 44), weil souveräne Staatlichkeit die Voraussetzung dafür ist, über den Ausnahmezustand entscheiden können, der wiederum die Bedingung dafür ist, Feind-Zuschreibungen mit allen Konsequenzen vornehmen zu können. Das Politische aktualisiert sich also zwischen Staaten. Demgegenüber ist, wie Ernst-Wolfgang Böckenförde (1988: 285) im Anschluß an Schmitt festhielt, „Politik innerhalb des Staates [...] anders als etwa Außenpolitik nur in einem sekundären Sinn politisch.“ Dies verschiebt insbesondere – und hierin besteht ein maßgeblicher Unterschied zu Max Weber – jede als Konflikt zwischen Parteien und Interessengruppen stattfindende Politik auf eine nur sekundär politische Ebene, solange hierbei nicht die „reale Möglichkeit“ einer Bürgerkriegslösung solcher Konflikte gegeben ist. Hinzu

kommt, daß die internen Konflikte den Staat als politische Einheit dann gefährden, wenn sie eine eindeutige Freund-Feind-Entscheidung des Staates verhindern. Daher ist es gerechtfertigt, wenn der Staat zum Zwecke der Eigenerhaltung als politische Einheit die innerstaatliche Befriedung und damit Homogenität erzwingt, auch durch innerstaatliche Feinderklärungen (Schmitt 1996[1932]: 46/47).⁵

Nach Carl Schmitt muß sich damit der einzelne Staatsbürger ebenso wie Vereinigungen von Staatsbürgern dem Willen des Staates, ja dem Staat selbst unterwerfen. Demgegenüber rückt das bürgerschaftszen-trierte Verständnis des Politischen den frei und gemeinschaftlich han-delnden Bürger (den politischen Bürger, den *citoyen*) in den Vorder-grund und begreift den Staat wie jede andere politische Ordnung letzt-lich als gemeinschaftliches Projekt von politischen Bürgern. Im Zentrum eines bürgerschaftlichen Begriffs des Politischen stehen die Freiheit – insbesondere die Freiheit der Rede –, das gemeinschaftliche Handeln für eine gemeinschaftliche Zukunft und die Orientierung dieses Handelns am Wohl der ganzen Gemeinschaft. Der bürgerschaftliche Begriff des Politischen steht in der Tradition der aristotelischen Lehre der Politik und der Ethik (vgl. Aristoteles 1981; Aristoteles 1985), wobei er sich sehr allgemein am griechischen Wortstamm von „Politik“ orientiert – *πόλις* bzw. *πολίτης*. Das Politische ist in diesem Sinne schlicht das Po-lisshafte, das heißt das gemeinschaftsgestaltende, gemeinschaftliche Handeln von Bürgern in einer Polis (bzw. im weiteren Sinn in einer po-litischen Gemeinschaft). In der Auseinandersetzung mit der politischen Philosophie des antiken Griechenland wird der bürgerschaftliche Begriff des Politischen im Mittelalter bei Thomas von Aquin und besonders bei Ptolomaeus von Lucca als städtische Lebensform freier Bürger (im Un-terschied vor allem zur königlichen Herrschaft) fortgeschrieben (vgl. Gebhardt 2000).

In der Moderne wieder aufgenommen findet sich dieser Begriff des Politischen in der republikanischen Verfassungstradition der USA und, daran anschließend, vor allem bei Hannah Arendt (vgl. zum Einfluß des amerikanischen Modells auf Arendt Heuer 1992: 283/84; Vollrath 1990a: 19). Wenigstens vier Grundüberlegungen prägen das politische Denken Hannah Arendts. Die erste dieser Überlegungen betrifft das ari-stotelische ζῶον πολιτικόν: Nach Arendt ist es eine eklatante Fehllektüre des aristotelischen Gedankens, wenn der *einzelne* Mensch als wesenhaft politisch verstanden wird. Politik ist vielmehr ein Resultat der Pluralität

5 Vgl. zu Carl Schmitts Begriff des Politischen neben dem genannten Beitrag von Böckenförde (1988) auch Brodocz (2002: 284-291), Ottmann (1990: 68-72), Flickinger (1990).

der Menschen, sie „entsteht im Zwischen und etabliert sich im Bezug“ (Arendt 1993: 11). Die Pluralität der Menschen ist eine maßgebliche Bedingung des Politischen, „sie ist nicht nur *conditio sine qua non*, sondern die *conditio per quam*“ (Arendt 2002[1958]: 17). Zweitens ist es bei der Suche nach dem Politischen entscheidend, nach dem Sinn und nicht nach dem Zweck von Politik zu fragen. Zwecke liegen außerhalb einer Sache selbst, weshalb Politik unendlich viele Zwecke haben kann. Der Sinn der Politik hingegen liegt in ihr selbst, im politischen Handeln (vgl. Arendt 1993: 123-133). Der Sinn von Politik aber kann – in Anlehnung an die politische Philosophie der Griechen – nur in der Freiheit liegen: „Was das Zusammenleben der Menschen in der Polis auszeichnet vor allen anderen Formen menschlichen Zusammenlebens [...], war die Freiheit“ (ebd.: 38; vgl. auch ebd.: 52). Politisch zu leben, heißt in Freiheit gemeinschaftlich zu handeln und dabei stets die Frage „Wie wollen wir leben?“ vor Augen zu haben (vgl. hierzu auch Bonacker 2002: 204), sowie im Angesicht dieser Frage die Freiheit immer auch als die Möglichkeit eines Neuanfangs zu denken (vgl. zur Natalität bzw. zum Neu-Anfangen u.a. Arendt 2002[1958]: 18, 306, 315-17). Dieser politischen Lebensform wird in der Gegenwart am ehesten die politische Ordnung der Republik gerecht, insofern als – wie Arendt in ihrer Analyse der amerikanischen und der französischen Revolution ausführt – „der Wille zur Freiheit unmittelbar zu der Begründung einer neuen bzw. neu entdeckten Staatsform führte, nämlich zur Konstitution der Republik“ (Arendt 2000[1965]: 39). Als freiheitliches Miteinander-Handeln und Miteinander-Sprechen aktualisiert sich das Arendtsche Politische im Gegensatz zum Schmittschen Politischen *innerhalb* einer politischen Ordnung, und nicht zwischen verschiedenen politischen Ordnungen, also etwa Staaten – ja Arendt schließt in Anlehnung an das antike griechische politische Denken die Außenpolitik sogar aus „der Politik im eigentlichen Sinne“ aus (Arendt 1993: 53). Drittens – und für die folgende Argumentation maßgeblich – steht das Politische stets in enger Relation zum Gemeinsamen. Dies gilt für den Sinn einer „politischen Politik“, insofern das Sprechen und das Handeln immer ein Gemeinsames ist. Aber es gilt auch für die Ziele, anhand derer das politische Handeln langfristig gemessen wird, und für die Prinzipien politischen Handelns bzw. für die Grundüberzeugungen, „die eine Gruppe von Menschen miteinander teilt“ (ebd.: 127). Wenn also Menschen in gemeinschaftlichem Reden und Handeln ein gemeinschaftliches Projekt, ein allen Gemeinsames verfolgen, dann kann dies nach Arendt als wesentlicher Ausdruck des Politischen gelten. „Im [Arendtschen, MN] Begriff des Politischen haben wir den Widerhall einer Gemeinschaftserfahrung, in welcher zuerst das Essentielle des Politischen entdeckt wurde“ (Gebhardt 1996: 74).

Viertens schließlich ist festzuhalten, daß in den Augen Arendts das Politische nicht allgegenwärtig ist, sondern sich nur selten aktualisiert. Notwendig ist das Politische nicht (vgl. Arendt 1993: 41). Im Gegenteil: Daß Menschen gerade angesichts ihrer Pluralität ein ihnen Gemeinsames freiheitlich und im gemeinschaftlichen Handeln – d.h. als gleiche und freie Bürger – verfolgen, dies sind die „wenigen großen Glücksfälle der Geschichte“ (ebd.: 42). In ihrer eigenen Gegenwart sah Hannah Arendt das Politische in äußerster Gefahr oder sogar weitgehend verloren, vor allem angesichts der „organisierte[n] Verlassenheit, in die der Totalitarismus die isolierten, nur noch in der Gleichschaltung Sicherheit findenden Massen zwingt“ (so eine Paraphrasierung des Arendtschen Denkens bei Nordmann 1994: 95).⁶

Wenn man nun den Arendtschen und den Schmittschen Begriff des Politischen kontrastiert, so scheint das Urteil nahe zu liegen, daß beide Begriffe „einander vollständig ausschließen“ (so Meyer 2000: 27). Es seien nur die drei vielleicht maßgeblichen Unterschiede nochmals betont: Erstens sieht Schmitt im Politischen eine formale Strukturlogik menschlichen Seins, die relationale Logik von Freund und Feind. Für Arendt hingegen ist das Politische eine Handlungslogik, die sich im gemeinschaftlichen Handeln freier Bürger aktualisiert. Mit diesem Unterschied geht einher, daß das Politische bei Schmitt als kontinuierlicher, potentiell alles durchdringender Faktor auftritt, bei Arendt hingegen ist das Politische selten und stets prekär. Zweitens ist das Schmittsche Politische gekennzeichnet durch seine unbedingte Nähe zum Konflikt (im Extremfall bis zur physischen Vernichtung des Feindes), während Arendt das Gemeinsame eines gemeinschaftlichen Projekts gerade im Anschluß an die Grundannahme menschlicher Pluralität hervorhebt und damit den Konsens betont. Drittens schließlich stellt Schmitt den nach innen homogenen (oder homogenisierenden) Staat als entscheidenden politischen Akteur in den Vordergrund, Arendt die plurale Gemeinschaft der Bürger. Entsprechend aktualisiert sich das Politische bei Carl Schmitt vor allem zwischen Staaten bzw. außenpolitisch, bei Hannah Arendt hingegen innerhalb der Republik (oder der Polis) bzw. innenpolitisch.

Es scheint also so, als ob Schmitt und Arendt in der Tat derart entgegengesetzte Vorstellungen vom Politischen entwickelt haben, daß diese kaum miteinander zu vereinbaren sind. Um so mehr müßte es überraschen, daß sich in den Standardverwendungsweisen der Begriffe der Politik und des Politischen in der deutschsprachigen Politischen Wissen-

6 Vgl. zu Arendts Verständnis des Politischen neben den im Text genannten Beiträgen auch Breier (1992: 133-155), Hansen (1993) und McGowan (1998: 34-95).

schaft – oft auch ohne engeren Bezug zu Schmitt oder Arendt – Elemente sowohl der realistischen Schmittschen als auch der bürgerschaftlichen Arendtschen Begriffstradition wiederfinden. Im Vordergrund scheint dabei tendenziell der realistische Begriff des Politischen zu stehen, so etwa, wenn Ulrich von Alemann (1994: 301) Politik als „öffentliche[n] Konflikt von Interessen unter der Bedingung von Macht und Konsens“ definiert. Zwar deutet sich hier das Gemeinsame, das Allgemeine noch im „Konsens“ an, aber vorherrschend ist doch der Verweis auf „Macht“ und „Konflikt“. Dieser Befund wird unterstrichen durch eine Umfrage unter deutschen Politikwissenschaftlern, die danach fragte, welche Grundbegriffe im Rahmen der Politischen Wissenschaft unverzichtbar seien: Hier wurden bei insgesamt 639 Begriffsnennungen mit großem Abstand Konflikt und Interesse als zentrale Begriffe genannt, gefolgt von Macht und Konsens (vgl. ebd.: 300). Gleichwohl findet sich aber auch immer wieder der Bezug zum gemeinsamen Handeln und zum Gemeinwohl, so z.B. bei Gerhard Lehmbruchs immer noch häufig zitierter Definition von Politik als „gesellschaftliches Handeln (d.h. Handeln, das zweckhaft auf das Verhalten anderer bezogen ist), welches darauf gerichtet ist, *gesellschaftliche Konflikte über Werte* (einschließlich materieller Güter) *verbindlich zu regeln*“ (1967: 17). Ähnlich, aber in der Formulierung etwas allgemeiner, begreift Fritz Scharpf (1973: 33) als das „Ausgangspunkt der Politik [...] die Möglichkeit kollektiven Handelns bei nicht voraussetzendem Konsens“. Auch die zum politikwissenschaftlichen Standardrepertoire zählende Erläuterung des Politikbegriffs anhand der englischen Begriffstrias *politics – policy – polity* nimmt mit *politics* auf Durchsetzung, Macht und Konflikt Bezug, während mit *polity* die Verfassung, die politische Ordnung als ganze und das Gemeinwohl angesprochen sind (und *policy* auf die Inhalte verweist, die mit Hilfe von *politics* zum Nutzen der *polity* umgesetzt werden sollen). Es finden also durchaus beide genannte Begriffstraditionen des Politischen Eingang in die Beschreibungs- und Erklärungsbemühungen des Phänomenkomplexes der Politik. Dieser Befund spricht dafür, daß sowohl im Schmittschen als auch im Arendtschen Begriff des Politischen eine gewisse Plausibilität und Erklärungskraft steckt. Um so mehr scheint es unangemessen, von einer völligen Unvereinbarkeit beider zu sprechen. Ich möchte daher vorschlagen, im Rahmen des Unterfangens einer Analyse politischer Diskurse den realistischen und den bürgerschaftlichen Begriff des Politischen komplementär zu lesen und werde eine solche komplementäre Lektüre im folgenden entwerfen. Daß dies keine erzwungene, sondern eine naheliegende Verbindung ist, zeigt sich daran, daß die beiden Begriffe des Politischen immer wieder aufeinander verweisen.

Nähern wir uns der Politizität des politischen Diskurses also zunächst über die realistische Begriffstradition: Demnach ist ein Diskurs dann ein politischer, wenn er von konfliktiven Beziehungen geprägt ist. Allerdings ist Carl Schmitts radikale Konzeptionierung des Konfliktes als Konflikt zwischen Staaten bis hin zur physischen Vernichtung des Feindes für das Verständnis politischer Diskurse nicht hilfreich. Hierfür möchte ich drei Gründe anführen.

Der erste Grund ist ein pragmatischer, der den spezifischen Gegenstand dieser Untersuchung betrifft, aber auch den Gegenstandsbereich der politischen Diskursanalyse, sofern sie Diskurse in liberalen und pluralistischen Demokratien untersucht. Die Frage danach, wie das Paradigma der Sozialen Marktwirtschaft im Denken der Bundesrepublik Deutschland eine derart dominante Position einnehmen konnte, daß legitimes ordnungs- und wirtschaftspolitisches Sprechen nur noch innerhalb dieses Paradigmas möglich ist, ist nämlich eine Fragestellung, die sich notwendigerweise vor dem Hintergrund des bundesdeutschen politischen Systems stellt, und zwar insoweit dieses System *normal*, und das heißt im Rahmen weithin akzeptierter Verfassungsnormen, funktioniert. Das bundesdeutsche politische System wird somit als liberaldemokratisches und pluralistisches System mit seinen zentralen normativen Entscheidungen als gegeben vorausgesetzt und die folgende Theoretisierung des politischen Diskurses kann insofern keine allgemeine Theorie des politischen Diskurses sein, als sie in diesen systemischen Vorannahmen ihre Grenzen findet. Zu den zentralen normativen Entscheidungen liberaler und pluralistischer Demokratien gehört aber auch die Austragung von Konflikten im Rahmen bestimmter Spielregeln, sowie die Änderung dieser Spielregeln nach bestimmten Spielregeln, im Normalfall gemäß der verfassungsmäßigen Ordnung. Diese Spielregeln schließen die physische Vernichtung politischer Gegner grundsätzlich und physische Gewalt gegen politische Gegner, die sich innerhalb der verfassungsmäßigen Ordnung bewegen, im Normalfall aus. Gegenüber diesem (sicherlich selbst diskursiv fixierten) Normalfall spielt ein hypothetischer Ausnahmefall, der die Spielregeln in Frage stellt und die Option der Konfliktlösung durch physische Vernichtung eröffnen könnte, normalerweise – und gewiß im Rahmen der hier vorliegenden Untersuchung – keine Rolle. Zum Normalfall gehört allerdings durchaus eine durch Spielregeln „gezügelmte“ Konfliktivität, wobei sich im Respekt für die Regeln performativ ein gemeinsames Projekt – und damit der bürgerschaftliche Aspekt des Politischen – anzeigt.

Zweitens ist Schmitts Beschränkung auf den Staat als Akteur des Konflikts und der damit einhergehenden Beschränkung des Begriffs des Politischen auf die zwischenstaatliche Sphäre Skepsis entgegenzubrin-

gen.⁷ Die Skepsis gegenüber der Staatszentriertheit beruht auf wenigstens zwei Gründen: Zum einen muß eine Konzeptionierung des Politischen, in deren Zentrum der Staat steht (bei Schmitt wie auch bei Weber), als typisch deutsche Wahrnehmung des Politischen gelten. Wie Ernst Vollrath (Vollrath 1987: 100-166; Vollrath 1990b) ausgeführt hat, findet sich eine derartige Betonung des Staats in der angelsächsischen Welt nicht. Zum zweiten aber übersieht Schmitt – der natürlich vor dem Hintergrund der Hochphase der europäischen Nationalstaaten schreibt – die historische Besonderheit der Epoche des Staatlichen auf internationaler Ebene. Ebenso aber, wie es vor den Staaten politische Einheiten (etwa die Polis) gab, spricht heute manches dafür, daß die Epoche des Staatlichen zur Neige geht. So haben etwa Michael Hardt und Antonio Negri in *Empire* (Hardt/Negri 2000) die gegenwärtige Formierung imperialer anstelle staatlicher Strukturen nachgezeichnet. Das Empire verfügt zwar auch über die Kompetenz, den Ausnahmezustand auszurufen, aber die folgenden Gewaltaktionen gehorchen nicht länger der Logik des Krieges, sondern eher der Logik von Polizeihandlungen. Zudem steht das Empire als Ordnung, die jenseits des Staates steht, unter dem Vorzeichen eines gemeinsamen moralisch-juridischen Projekts, das nur hegemonial etabliert sein kann, so daß sich auch hier wieder die zweite idealtypische, die bürgerschaftliche Tradition des Politischen andeutet.

Der dritte Grund für die Ablehnung des Schmittschen Konfliktverständnisses schließt an Michel Foucaults Überlegungen zur Macht bzw. zur Biomacht an. Foucault weist in seiner Diskussion der Disziplinar- bzw. Kontrollgesellschaft darauf hin, daß Macht über das Leben weit umfangreicher ausgeübt werden kann als Macht über den Tod (vgl. Foucault 1995[1975]; Foucault 1997[1976]). Denn die physische Vernichtung des Gegners hebt notwendigerweise jede Macht über ihn auf,⁸ während die Disziplinierung und Beherrschung des Gegners Macht zu multiplizieren vermag. Es kann demnach einem Akteur, dessen Ziel als politischer Akteur die Ausübung von Macht über andere ist, nur sehr bedingt daran gelegen sein, diese anderen physisch zu vernichten. Wenn man Macht als zentralen Aspekt des Politischen ansieht und gleichzeitig Macht als Beziehung zwischen Akteuren auffaßt, kann das Wesenhafte der Politik nur im Streben nach einer Hegemonie liegen, im Rahmen de-

7 Slavoj Žižek (2001: 261, Fn. 24) macht im Schmittschen Beharren auf der Vorrangstellung der Außenpolitik gar eine „Verleugnung der Politik“ aus.

8 Ähnlich wie Foucault argumentiert im übrigen auch Hannah Arendt, die in ihrer Diskussion der Macht des passiven Widerstands feststellt, daß dieser letztlich nur durch Massenmord überwunden werden kann, was aber „für den Sieger ein Pyrrhus-Sieg ist, weil ja niemand über Tote herrschen kann“ (Arendt 2002[1958]: 253).

rer die Gegner fortwährend kontrollierbar sind, nicht im Streben nach physischer Auslöschung der Gegner. Foucault spricht von Macht, aber ein ganz ähnliches Argument gilt mit Blick auf den Konflikt. Denn die Radikalisierung des Konflikts durch die Vernichtung des Feindes hebt nicht nur die Macht über diesen auf, sondern beendet auch den Konflikt, wodurch sich aber das Politische selbst beseitigen würde (vgl. hierzu auch die Kritik an der „Ultra-Politik“ Carl Schmitts bei Žižek 2001: 260). Sinnvoller ist es daher wiederum, die Radikalisierung des Konflikthaften nicht in der Vernichtung, das heißt nur punktuell aktualisiert zu sehen, sondern in dauerhafter Vorherrschaft und Kontrolle – und das heißt nichts anderes als Hegemonie. Der entscheidende Begriff, der den Begriffen des Konflikts und der Macht zur Seite gestellt werden muß, ist also der Begriff der *Hegemonie*. Das Herstellen von Hegemonien aber macht es aber notwendig, verschiedenste, auch gegnerische soziale Kräfte in ein gemeinsames politisches Projekt (die Nation, Wohlstand etc.) einzubinden, so daß sich Konflikte nur auf einer Ebene unterhalb oder jenseits dieses Projektes materialisieren. Aus drei Perspektiven ist daher nun erstens deutlich geworden, daß das Politische als Konflikthaftes nicht sinnvoll in der Schmittschen Radikalität (der gegenseitigen Vernichtung verfeindeter Staaten) gedacht werden kann, und zweitens, daß sich im konflikthaften Politischen das bürgerschaftliche Politische immer wieder bemerkbar macht. Die vielleicht wichtigste Konsequenz dessen besteht darin, daß ein Diskurs dann als politischer Diskurs gelten kann, wenn sich in ihm das konflikthafte Politische unter dem Vorzeichen der Hegemonie aktualisiert – und nicht unter dem Vorzeichen der Vernichtung.

Die zweite Bedingung, der ein Diskurs genügen muß, um als politischer Diskurs klassifiziert zu werden, besteht im Anschluß an die bürgerschaftliche Begriffstradition darin, daß regelmäßig ein Bezug dazu hergestellt wird, was bislang in Anlehnung an das Vokabular verschiedener AutorInnen als das Gemeinsame der durch diesen Diskurs angesprochenen Subjekte oder als das Ganze der angesprochenen politischen Gemeinschaft bezeichnet wurde. Es ist an dieser Stelle allerdings notwendig, die Begrifflichkeit dessen, worauf Bezug genommen wird zu modifizieren. Worum es geht, ist der Bezug zu einer sehr grundlegenden Variable, die in unterschiedlichen Gewändern auftreten kann: als das Gemeinsame oder das gemeinsame Projekt, als das Gemeinschaftliche oder das gemeinschaftliche Sein und Sollen, als das Ganze, als das Gemeinwohl, als das allen gerecht werdende. Die meisten dieser Begriffe sind seit geraumer Zeit in – zum Teil sehr unterschiedlichen – sozialen und politischen Denktraditionen beheimatet, entsprechend handelt es sich um komplexe und mit zahlreichen Interpretationen und Konnotationen belastete Begriffe. Um diese Belastungen zu vermeiden, wird für das

Folgende mit dem „Allgemeinen“ ein formaler Begriff eingeführt, der innerhalb verschiedener Denktraditionen für die dort prominenten Begrifflichkeiten stehen kann. Mit dem Begriff des Allgemeinen soll näherungsweise jene Form des sozial Horizonthaften erfaßt werden, die stets im Raum steht, wenn sich „wirkliche Gemeinschaft“ konstituiert, oder auch dann, wenn die Sicherung des „Gemeinwohls“ im Rahmen „gemeinschaftlicher Projekte“ in einer Weise geschieht, daß allen Teilen der Gemeinschaft „Gerechtigkeit“ widerfährt. Das Allgemeine verweist also auf das substantiell wie normativ Absolute, auf das Vollkommene und Unbefleckte des sozialen und politischen Zusammenlebens. Nach diesen begrifflichen Überlegungen kann die obige zweite Bedingung zur Einordnung von Diskursen als politische Diskurse nun reformuliert werden: Als ein politischer Diskurs soll nur ein Diskurs gelten, in dem ein Allgemeines der durch diesen Diskurs verbundenen Subjekte thematisiert, das heißt zum Gegenstand diskursiver Artikulationen gemacht wird.

Sich in dieser spezifischen Weise am Arendtschen Denken anzulehnen, bedeutet natürlich, ihren Begriff des Politischen zu modifizieren. Zwei dieser Modifikationen möchte ich hervorheben: In Verbindung mit der eben ausgeführten Betonung des Konflikthaften wird erstens deutlich, daß man es bei dem Allgemeinen des Politischen nicht mit einem Allgemeinen zu tun haben kann, das tatsächlich allen in einer politischen Ordnung Betroffenen ein unstrittiges Gemeinsames ist. Vielmehr ist das Allgemeine stets in irgendeiner Weise vom Konflikthaften affiziert. Das bürgerschaftliche Verständnis ist sich natürlich der Pluralität der politischen Subjekte bewußt (wie oben mit Blick auf Arendt ausgeführt) und auch der Tatsache, daß der Konflikt die „Grundkonstellation politischer Problemlagen“ bildet (Meyer 2000: 87). Aber das Entscheidende des Politischen ist im bürgerschaftlichen Verständnis der Konsens, nicht der Konflikt (vgl. Gebhardt 1998: 21). Der Konflikt tritt eher akzidentiell auf, bildet das lästige Supplement des Konsenses. Dabei wird übersehen, daß erst im Konflikt die Möglichkeit des Konsenses entsteht. Wenn der Konsens ein Ziel von Politik ist, vielleicht sogar ein Konsens hinsichtlich des Allgemeinen, dann ist dieser Konsens letztlich nicht erreichbar. Demgegenüber sind Konflikte kein Ziel, sondern ein ständiger Begleiter des Prozesses der Politik; sie müssen daher als wesentliches Element der Logik des Politischen gelten. Wenn wir diese ständigen Begleiter der Politik als zentrales Element des Politischen anerkennen, wird gleichzeitig die Überlegung Arendts, daß das Politische sich nur selten aktualisiere, in Frage gestellt (nur in Frage gestellt und nicht aufgehoben, weil die ubiquitäre Konflikthaftigkeit eben nicht ausreicht, um das Politische zu charakterisieren; hinzu kommt die Verbindung zum Allgemeinen). Das Allgemeine des bürgerschaftlichen und das Konflikthafte des reali-

stischen Begriffs des Politischen verbinden sich in einem Vorgang, der hinreichend komplex ist, um darauf in einem eigenen, dem folgenden, Unterkapitel genauer einzugehen.

Vorher allerdings möchte ich noch kurz auf eine zweite Modifikation zu sprechen kommen, die mit der Betonung des Allgemeinen im Arendtschen Verständnis des Politischen einher geht. Diese Betonung bringt es mit sich, daß das Strukturelement des diskursiv hergestellten Bezugs zum Allgemeinen vom Handlungsmoment des gemeinschaftlichen Handelns gelöst wird. Indem Hannah Arendt in der Freiheit der Bürger den Sinn des Politischen, den Sinn des gemeinschaftlichen politischen Handelns sieht, kommt es zu einer starken normativen Aufladung des Begriffs des Politischen. Die hierin anklingenden, komplexen Fragen der praktischen Philosophie gehen jedoch über den Anspruch einer Diskursanalyse weit hinaus. Wie oben ausgeführt, muß der Begriff des Politischen der Diskursanalyse vor allem als heuristisches Differenzierungskriterium zur Klassifizierung eines Diskurses als politischer Diskurs dienen. Dabei beschränkt sich die Diskursanalyse auf die Betrachtung dessen, was an der Oberfläche solcher Diskurse erscheint. Inwieweit dem Politischen darüber hinaus normative Eigenschaften aneignen (wie etwa die Erhaltung bürgerlicher Freiheit), ist aus der Sicht einer diskursanalytischen Untersuchung zunächst einmal zweitrangig.

Wenn im folgenden der wirtschaftspolitische Diskurs der Bundesrepublik Deutschland betrachtet wird, so wird er deswegen als *politischer* Diskurs in Augenschein genommen, weil in ihm (a) in der einen oder anderen Weise Bezüge zu einem Allgemeinen der Bundesrepublik hergestellt werden („soziale Gerechtigkeit“; „Wohlstand für alle“ etc.) und weil damit (b) Konflikte auf verschiedenen Ebenen generiert werden (der Konflikt darum, wie das Allgemeine verwirklicht werden kann; die Abgrenzung gegenüber einem Außen, sei dies ganz allgemein mangelnder Wohlstand oder spezieller der DDR-Sozialismus; und schließlich der Streit um die Bedeutung der Sozialen Marktwirtschaft). Inwieweit der „Sinn“ der Beteiligung an einem solchen Diskurs für die sich in ihm artikulierenden Bürgersubjekte den Sinn des Arendtschen Politischen trifft, das heißt in der Freiheit gemeinschaftlichen Handelns liegt, kann und soll im Zuge dieser Analyse nicht geklärt werden.

Wir können somit vorläufig den Begriff des Politischen, auf dem die hier vorgenommene politische Diskursanalyse aufbaut, wie folgt formulieren: Das Politische ist eine Form der Regelmäßigkeit, die sich in bestimmten Diskursen aufzeigen läßt oder nicht. Die Explizierung dieser Regelmäßigkeit erfolgt ausschließlich mit dem heuristischen Ziel der Klassifizierung eines Diskurses als politischer Diskurs. Es wurde ausgeführt, daß im Zentrum des realpolitischen Begriffs des Politischen Kon-

flikte stehen und im Zentrum des bürgerschaftlichen Begriffs des Politischen das gemeinschaftliche Handeln in bezug zum Allgemeinen. Bei beiden handelt es sich jedoch nicht um exklusive, sondern – unter Berücksichtigung der aufgezeigten Modifikationen – um sich ergänzende, *jeweils* notwendige Bedingungen des Politischen.⁹ Das Politische ist also zu begreifen als jene paradox erscheinende Logik, im Rahmen derer das Allgemeine konflikthaft verhandelt wird. Entsprechend ist ein Diskurs dann ein politischer Diskurs, wenn in ihm das Allgemeine konflikthaft verhandelt wird.

3.2 Das Allgemeine und der Konflikt

Wenn in die soeben vorgenommene Definition des Politischen das Etikett ‚paradox‘ aufgenommen wurde, so hat diese Paradoxie ihren Grund in der Gleichzeitigkeit von Pluralität und Einheitlichkeit. Sie liegt, mit anderen Worten, darin, daß an einem Konflikt mindestens zwei entgegengesetzte Pole beteiligt sind, daß aber gleichzeitig das Allgemeine *per definitionem* eine einzige unteilbare Kategorie darstellt. Wie jede Paradoxie fordert auch das paradoxe Verhältnis von Konflikt und Allgemeinem zu näherer Betrachtung heraus. Diese soll nun unter Rückgriff auf Überlegungen von Claude Lefort, Marcel Gauchet und Ernesto Laclau vorgenommen werden.¹⁰

Weil bei der Rekonstruktion dieser Überlegungen immer wieder die Bezugnahme auf einige grundlegende Begrifflichkeiten des französischen Freudianers Jacques Lacan erforderlich ist, sollen diese Begrifflichkeiten vorab geklärt werden, und zwar die Trias der Lacanschen Grundkategorien („Register“) des Imaginären, des Symbolischen und des Realen.¹¹ Mit dem Imaginären untrennbar verbunden ist das Spiegelstadium (vgl. Lacan 1991b[1966]), jener Moment im Leben eines Babys,

9 Für das Zusammendenken beider Aspekte spricht im übrigen auch die politische Ideengeschichte: So ist etwa im ersten großen Manifest des amerikanischen Republikanismus, den *Federalist Papers* (Hamilton et al. 1993 [1787/88]), eine der entscheidenden Fragen ja genau, wie angesichts des gemeinschaftlichen Zieles einer republikanischen politischen Ordnung die Konfliktivität des Politischen unter produktive Kontrolle gebracht (nicht: eliminiert!) werden kann. Und andererseits steht Machiavelli im *Principe* (Machiavelli 1990[1532]) zutage tretendes konfliktives Verständnis des Politischen ja unter dem Vorzeichen des 26. Kapitels, das heißt der gemeinschaftlichen Schaffung einer politischen Ordnung für ganz Italien.

10 Vgl. zum folgenden auch Dyrberg (1998) und Marchart (1998).

11 Ich stütze mich im folgenden vor allem auf Widmer (1997[1990]) und Pangel (1999[1989]); vgl. auch Lang (1973).

in dem es sein Spiegelbild als Abbild des Betrachters erkennt. In diesem Moment wird die eigene Gestalt, die vorher nur in Einzelteilen sichtbar war, plötzlich als Einheit und Ganzheit wahrgenommen. Das Kind erkennt gleichzeitig, daß es von anderen, zunächst vor allem von der Mutter, wahrgenommen wird. Die Folge ist der Wunsch zu gefallen, weshalb es zur Identifizierung mit dem Wunsch der Mutter, ein vollkommenes Kind zu haben, kommt. Auf die grundlegende Frage „Wer bin ich?“ zeigt sich die Antwort zuerst als (intaktes, vollkommenes) Bild in Anlehnung an das Spiegelbild. Weil die Frage aber von den anderen (von der Mutter) nur sprachlich beantwortet werden kann, kommt es zu einem Bruch: Zum einen gibt das Spiegelbild keine hinreichende Antwort mehr auf die Frage „Wer bin ich?“, zum anderen aber wird die Ganzheit der Spiegelung in der Sprache zerrissen. Kein sprachlicher Ausdruck reicht an die Vollkommenheit des Bildes heran.

Dennoch bleibt mit dem Eintritt in den Raum der Sprache die – nicht ausdrückbare – Vorstellung einer vollkommenen Ganzheit als Imaginäres vorhanden. Dieses Imaginäre induziert das grundlegende Begehren, ein Begehren nach Ganzheit, nach Fülle, nach Sein ohne Mangel. Das Imaginäre ist formlos, undifferenziert und nicht sprechbar. Sprechbar (oder allgemeiner: vermittelbar) wird es erst in der Ordnung des Symbolischen, das zum Träger dieses Begehrens nach dem Imaginären wird (vgl. Widmer 1997[1990]: 37). Das Symbolische ist nicht deckungsgleich mit der Sprache, auch wenn die Sprache einen wesentlichen Bestandteil des Symbolischen bildet (vgl. zur Bedeutung der Sprache in der Psychoanalyse Lacan 1991c[1966]; Lacan 1991a[1966]). Ob aber sprachlich oder nicht: Das Symbolische bildet einen Raum, der durch Differenzen zwischen den symbolischen Einheiten – Lacan nennt sie in Anlehnung an Ferdinand de Saussure Signifikanten (vgl. Saussure 1967 [1916]) – und durch Regeln zur Etablierung von Differenzen relativ strikt gegliedert und organisiert ist. Aber die symbolische Differenzstruktur ist niemals völlig fixiert, weil der Prozeß differentiellen Verweizens auf andere Signifikanten nie zum Stillstand kommen kann.¹² Gleichzeitig kann es keiner differenzdurchdrungenen Symbolisierung je gelingen, das Begehren nach dem ganzheitlichen Imaginären zu stillen, und so zeigt sich im Symbolischen stets ein grundlegender, ein für das Symbolische selbst konstitutiver Mangel an.

Doch nicht auf alles, so Lacan, hat man symbolischen Zugriff, einiges bleibt immer außen vor. Diese Grenze, die das Symbolische erfährt, nennt Lacan das Reale. Dieser Begriff, der in verschiedenen Bezügen Verwendung findet, ist vielleicht der schwierigste in Lacans Trias. Das

12 Vgl. die Erläuterung der Lacanschen „Signifikantenkette“ in 2.2.2.

Reale ist genau deshalb so schwer zu erfassen, weil es außerhalb des Symbolischen steht, es ist eigentlich das Unmögliche, eine Leerstelle, die sich aber dann anzeigt, wenn das Symbolische an seine Grenze stößt (jeder Mensch kennt die Momente, in denen kein Wort das erfassen kann, was es zu sagen gälte). Das Reale kann als dasjenige gelten, welches die Differenzierungen des Symbolischen erst erlaubt, indem es die Grenzen dieser Differenzierungen aufzeigt. Lacan selbst bezeichnet das Reale zum Beispiel als das, was beharrt, „was stets an der selben Stelle wiederkehrt“ (Lacan 1996: 56). Peter Widmer (1997[1990]: 24, 58) schlägt eine negative (im Rahmen der Differenzlogik durchaus sinnvolle) Beschreibung des Realen als all das vor, was weder symbolisch noch imaginär ist. Dabei erscheint gerade die Grenzziehung zum Imaginären, das ja auch nicht symbolisierbar ist, schwierig. Allerdings ist das Imaginäre zwar nicht symbolisierbar, aber es unterwirft sich in Ermangelung besserer Alternativen dem (zur Erfassung des Imaginären immer unzureichenden) Symbolischen. Anders das Reale: dieses unterwirft sich nie, es zeigt dem Symbolischen die Grenze auf. Das Imaginäre ist ein Un- einholbares, das Reale ein Unbestimmbares (vgl. Widmer 1997[1990]: 189/190).

Wenden wir uns nun von diesen Lacan-Prolegomena zurück zur Frage nach dem Verhältnis von Allgemeinheit und Konflikt im Politischen. Untersucht man diese Frage in Auseinandersetzung mit den genannten Autoren – Lefort, Gauchet und Laclau –, so wird die Bedeutung des psychoanalytischen Denkens für die politische Theorie rasch deutlich, zunächst insbesondere mit Blick auf die Konfliktivität als Aspekt des Politischen. Denn während die politische Theorie häufig von einer grundsätzlichen Lösbarkeit oder Aufhebbarkeit gesellschaftlicher Konflikte ausgeht (etwa in der künftigen kommunistischen Gesellschaft bei Marx oder in der idealen Sprechsituation des rationalen Diskurses bei Habermas), betont das psychoanalytische Denken die *Unaufhebbarkeit* des Konflikts (etwa in der Beschreibung der Dichotomie von Lebens- und Todestrieb bei Freud). Ein gemeinsamer Aspekt im Denken Leforts, Gauchets und Laclaus besteht nun darin, diese psychoanalytische Perspektive von der individuellen Psyche auf politische Gemeinschaften zu übertragen und sie so in die politische Theorie zu inkorporieren. Gauchet erläutert:

Wenn Marx aufzeigt, daß sich die Gesellschaft in ihrem tiefsten Inneren in einem Konflikt organisiert, so enthüllt Freud seinerseits, daß der Konflikt im Zentrum der Organisation des Ich steht. Während aber für Marx der gesellschaftliche Konflikt offenkundig auf eine Gesellschaft jenseits des Konflikts verweist, so ist der psychische Konflikt als letztes seelisches Organisationsprinzip für Freud ebenso offenkundig unauflösbar. Eben dieser Zug ver-

leiht dem Denken Freuds möglicherweise eine außerordentliche politische Tragweite, insofern er ein Denken der Unauflösbarkeit jenes Konfliktes ist, der die menschliche Psyche konstituiert (Gauchet 1990[1971]: 211).

In der Unauflösbarkeit des Konflikts und der Unaufhebbarkeit der gesellschaftlichen Teilung sehen Lefort und Gauchet eine ontologische Grundkonstante. Sie anzuerkennen oder abzulehnen bedeutet eine Entscheidung, die „uns mitten in das Zentrum des Rätsels des Politischen“ führt (Lefort/Gauchet 1990[1976]: 92). Teilung und Konfliktivität gelten dabei nicht als Effekt (etwa von ökonomischen Strukturen), sondern als ursprünglich.¹³ Diese ursprüngliche Teilung ist in doppeltem Sinne zu verstehen (vgl. Marchart 2001: 181): Oberflächlich betrachtet finden wir die Teilung wieder als die Konfliktivität innerhalb der Gesellschaft, also als Konflikte zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen. Die zweite Teilung aber konstituiert die Gesellschaft erst als Gesellschaft, indem sie sie von einem Außen abtrennt. Diesem Außen geben Lefort und Gauchet den Namen ‚Macht‘ (vgl. Lefort 1990[1983]; Lefort/Gauchet 1990[1976]). Nur weil sich die Gesellschaft als pluralistische und von Konfliktlinien durchzogene Gesellschaft von der immer als Anderes wahrgenommenen Macht abgrenzt (vgl. Lefort/Gauchet 1990[1976]: 98), wird sie überhaupt erst zur Gesellschaft. Die Macht wird zur „instituiende[n] Instanz des gesellschaftlichen Raums“ (ebd.: 97).

Anders gesagt tritt die Macht als Form des Allgemeinen dem gesellschaftlichen Konglomerat von Partikularitäten gegenüber. Allerdings ist diese Zweiteilung nur die eine Seite der Medaille, denn die Macht instituiert nicht nur von außen das Konglomerat von Partikularitäten, sondern sie muß, damit sie diese Funktion übernehmen kann, auf irgendeine Weise auch innerhalb des Konglomerats präsent sein, d.h. repräsentiert werden. Diese Repräsentationsfunktion kann jedoch wiederum nur eine Partikularität – der Herrscher – übernehmen, was eine diffizile Aufgabe ist, denn das „Individuum (oder [die] Gruppe von einzigartigen Individuen), das die Allgemeinheit verkörpern soll, wird [...] unablässig dazu genötigt sein, die Spuren auszulöschen, durch die seine Partikularität von neuem sichtbar wird“ (Lefort/Gauchet 1990[1976]: 98).

Lefort differenziert drei politische Formen, die von einem je spezifischen Verhältnis von Allgemeinem und Partikularem und damit auch von einem je spezifischen Repräsentationsverhältnis gekennzeichnet

13 Die Ursprünglichkeit der Teilung ist keine chronologische Ursprünglichkeit. Vielmehr äußert sich das Ursprüngliche in der doppelten „Erfahrung einer Grenze“: der Unmöglichkeit, einen Ursprung zu vergegenwärtigen und die Unmöglichkeit, die Abwesenheit eines Ursprungs festzusetzen (vgl. Lefort/Gauchet 1990[1976]: 94-96).

sind: Monarchie, Demokratie und Totalitarismus. In einer Monarchie wird die Macht vom Fürsten repräsentiert. Der Fürst ist jedoch kein Despot, solange er die Macht nur repräsentiert und nicht sich mit der Macht gleichsetzt. Diese Repräsentation gelingt, so Lefort in Anlehnung an Kantorowicz (1957), durch die doppelte Körperlichkeit des Fürsten: „Dem Gesetz unterworfen und über dem Gesetz stehend, verdichtete sich im zugleich sterblichen wie unsterblichen Körper des Fürsten das Prinzip der Entstehung und Ordnung des Königreiches. Während seine Macht auf einen unbedingten, außerweltlichen Pol verwies, wurde diese in der Person des Fürsten zugleich zum Garanten und Repräsentanten der Einheit des Königreiches“ (Lefort 1990[1983]: 292). Indem der Fürst mit seinem sterblichen Körper den unsterblichen Körper der Macht verkörpert, verleiht er der Gesellschaft seines Königreiches erst körperliche Gestalt.

In der Demokratie löst sich nun der Ort der Macht, der gleichzeitig ein Ort des Allgemeinen ist, vom Bezug zum Außerweltlichen, das heißt zum Beispiel vom Bezug zu Gott oder zur souveränen Vernunft. Im Zuge dieser *invention démocratique* (Lefort 1981) kommt es zu einem entscheidenden Wandel:

Der Ort der Macht wird zu einer *Leerstelle*. [...] Die Machtausübung ist nun einem Verfahren unterworfen, das sie in regelmäßigen Abständen erneut ins Spiel bringt. Sie geht am Ende aus einem geregelten Wettstreit hervor, dessen Bedingungen dauerhaft fortgeschrieben sind. Dieses Phänomen schließt eine Institutionalisierung des Konflikts ein. Leer und unbesetzbar, so daß kein Individuum, keine Gruppe ihm kosubstantiell zu sein vermag, erweist sich der Ort der Macht zugleich als nichtdarstellbar. [...] Die Machtinstanz [wird] nicht mehr auf einen unbedingten Pol zurückbezogen. In diesem Sinne markiert sie eine Spaltung zwischen dem gesellschaftlichen *Innen* und *Außen*, die zugleich deren Beziehung begründet. Stillschweigend gibt sie sich so als rein symbolische Instanz zu erkennen (Lefort 1990[1983]: 293).

Indem in der Demokratie also der Ort der Macht zur Leerstelle wird, gibt sich die Instanz der Macht als rein symbolische Instanz zu erkennen. Die Demokratie zeichnet sich dadurch aus, daß sie den gesellschaftlichen Konflikt auf symbolischer Ebene als Kampf um die stets vorübergehende Besetzung der ihrerseits symbolisch zu verstehenden Macht institutionalisiert. Stets vorläufig und immer nur vorübergehend wird durch den Modus der demokratischen Wahl der leere Ort der Macht gefüllt (vgl. Lefort 1990[1983]: 295/96; Lefort/Gauchet 1990[1976]: 113-120). Zeitlich begrenzt und in Ermangelung einer außerweltlichen Absicherung ist jede Füllung des leeren Orts der Macht jedoch immer prekär – in der Demokratie kann es keine Gewißheit darüber geben, wie der leere Ort der Macht zu besetzen ist (vgl. Lefort 1990[1983]: 296).

Gleichzeitig aber ist der politische Wettstreit formal derart geregelt, daß er als rechtmäßig anerkannt wird und daß er sich selbst erhält (vgl. Lefort 1990[1979]: 49).

Anders beim Totalitarismus: Dieser muß zwar als enger Verwandter der Demokratie gelten, weil er die Leerstelle als solche erkennt (das Verschwinden einer außerweltlichen Machtinstanz!), aber gleichzeitig ist er ihr absoluter Gegensatz, weil er die Leerstelle nicht im Zuge einer symbolischen Institutionalisierung des Konfliktes offen hält, sondern weil er sie erneut – diesmal innerweltlich – besetzt. Im Gegensatz zum monarchischen Fürsten aber strebt der totalitäre Herrscher nicht danach, die Macht zu repräsentieren, sondern danach, mit der Macht identisch zu sein. Hieraus ergibt sich aber zwangsläufig ein Kurzschluß zwischen gesellschaftlichem Partikulum (dem totalitären Herrscher oder der Herrschaftspartei/-gruppe) und dem Allgemeinen der Macht. Es kommt zu einer Degradierung des allgemeinen Charakters der Macht, sobald sie vom ausschließlichen Eigentumsanspruch eines partikularen Akteurs okkupiert wird. „In dem Augenblick, wo die Macht überzeugt ist, das *zu sein*, was sie darstellen soll, ist sie in den Augen der gesellschaftlichen Akteure auf den Status des Partikularen zurückgeführt“ (Lefort/Gauchet 1990[1976]: 100). Die Preisgabe der Repräsentationsfunktion und das damit einhergehende Bemühen, von der Dimension des Symbolischen in die Dimension des Realen zu wechseln – d.h. als partikulare Einheit nicht das Allgemeine zu repräsentieren, sondern das Allgemeine zu sein – führen gleichzeitig zu einem Verschwinden des gesellschaftlichen Raumes. Dies ist zwingend: Wenn nämlich, wie ausgeführt, der gesellschaftliche Raum sich nur in Differenz zum Ort der Macht konstituiert, und wenn der Ort der Macht dann in einem totalitären Akt durch die Verschmelzung mit einer Partikularität in den gesellschaftlichen Raum zurückgeführt wird, dann muß der gesellschaftliche Raum unkenntlich werden und sich letztlich auflösen. Das reale Unterfangen des Totalitarismus bedroht damit Macht und Gesellschaft in radikaler Weise, denn der „gesellschaftliche Raum als symbolischer Raum existiert nur, insofern er kein wirklicher Raum ist“ (Lefort/Gauchet 1990[1976]: 103). Sowohl die Instanz der Macht als auch der gesellschaftliche Raum können ausschließlich auf der Ebene des Symbolischen existieren, niemals auf jener des Realen.

Weil das Politische nach Lefort und Gauchet nur existieren kann, wenn sich Gesellschaft – in Abgrenzung von und im Bezug zur Macht/ zum Allgemeinen – zu konstituieren vermag, muß der Totalitarismus als unpolitische Organisationsform gelten (vgl. Lefort 1990[1983]: 284). Das Politische erfordert demnach, wie bereits festgehalten, einen Bezug zum Allgemeinen (in der Form der Macht). Mit Lefort und Gauchet können

wir nun aber das Allgemeine, das wir oben in unsere Definition des Politischen eingeführt haben, in zweifacher Hinsicht genauer bestimmen: Erstens scheint es sich – wenigstens in Demokratien – beim Allgemeinen um eine Leerstelle, um einen leeren Ort zu handeln. Zweitens gehört das Allgemeine in das Reich des Symbolischen, niemals tritt es als reelles Allgemeines auf; beim Versuch der „Realisierung“ des Allgemeinen löst sich vielmehr die abgrenzende Beziehung zwischen Gesellschaft und Macht auf, wodurch aber das Allgemeine (als Macht) unkenntlich wird.

Es ist besonders der Entwurf der Macht als Leerstelle bzw. des Allgemeinen als einerseits leeres und andererseits in seiner symbolischen Anfüllung umkämpftes Allgemeines, den Ernesto Laclau fortschreibt und vertieft. Dabei nimmt er immer wieder auf Lefort Bezug (vgl. z.B. Laclau/Mouffe 1985: passim, 186/87). Zugleich schließt sein Denken aber auch unmittelbar an die obige Diskussion von Carl Schmitt und Hannah Arendt an, weil er als „anti-schmittianischer Schmittianer“ (Žižek 2001: 233) dem radikalen Konfliktverständnis Carl Schmitts eine komplexe Theorie des gesellschaftlichen Antagonismus entgegenstellt, die der Auseinandersetzung um das Allgemeine einen hohen Stellenwert einräumt. Indem er das Allgemeine, das Problem der Vermittlung zwischen Allgemeinem und Partikularem und damit das Verhältnis von Universalismus und Partikularismus explizit zum wichtigsten Thema der politischen Theorie der Gegenwart erklärt (vgl. Laclau 1996: passim, v.a. vii, 22-28; verschiedene Beiträge in Butler et al. 2000),¹⁴ hebt er sich trotz der Nähe zu Lefort und Gauchet auch von diesen ab, weil ihr Hauptinteresse Macht in ihrer Relation zur Gesellschaft galt und dabei das Allgemeine vor allem unter dem Vorzeichen der Macht eine Rolle spielte.

Bevor ich nun jedoch die Überlegungen Laclaus zum Allgemeinen rekonstruiere, ist eine terminologische Ergänzung zum Begriff des All-

14 Laclau sieht sich wie viele andere politische TheoretikerInnen der Gegenwart vor dem Dilemma, daß einerseits nach der Philosophiegeschichte des 20. Jahrhunderts Universalien theoretisch nicht länger aufrecht erhalten werden können, daß diese Universalien aber gleichzeitig in der politischen Praxis für alle emanzipatorischen Zielsetzungen unerlässlich sind. Eine sich politisch artikulierende Gruppe kann sich zwar, so Laclau, nur über ihre Differenz zu anderen Teilen der Gesellschaft als Gruppe herausbilden und verfügt damit über eine partikuläre Identität, sie kann aber gleichzeitig für Rechte der Gruppe innerhalb der politischen Gemeinschaft nur eintreten, indem sie an „universale Werte“ appelliert. Ein rein partikulares Verständnis von Gruppenidentität sanktioniert den gesellschaftlichen *Status quo*, da sie eine bestimmte Differenzformation als nicht veränderbares Absolutum begreift. Zu Veränderungen der gesellschaftlichen Anordnung von Gruppen kann es erst dann kommen, wenn Gruppen ihre bislang unerfüllten Ansprüche universal begründen (vgl. Laclau 1996: 48-51).

gemeinen unerlässlich: Was hier als das Allgemeine bzw. als Allgemeinheit bezeichnet wird, tritt in Laclaus englischsprachigen Schriften als *the universal* oder *universality* auf (vgl. v.a. Laclau 1996; 2000a; 2000b; 2000c). Das Deutsche bietet als Übersetzung hierfür sowohl das Universale/Universalität als auch das Allgemeine/Allgemeinheit. Beide Begriffe haben unterschiedliche Konnotationen: Während das Universale schon dem Wortstamm nach den Bezug zur völligen „Allumfassung“, läßt sich das Allgemeine eher im spezifischen Bezug denken. Nun weisen Laclau/Mouffe (1985: 137-140) selbst darauf hin, daß sich in den modernen Demokratien verschiedene politische Räume und damit verschiedene politische Diskurse überschneiden. Diese differenzierten Räume und Diskurse, so läßt sich im Anschluß hieran weiter formulieren, unterscheiden sich insbesondere dadurch voneinander, daß in ihnen jeweils nicht das totale und allumfassende Allgemeine thematisiert wird, sondern ein „spezifisches“ Allgemeines, zum Beispiel außenpolitische Sicherheit, ökonomische Prosperität oder eine gesunde Umwelt.¹⁵ Daß es – gerade in den komplexen pluralistischen Demokratien des „Westens“ – derart ausdifferenzierte Idealvorstellungen sozialen und politischen Zusammenlebens und entsprechend eine Pluralität politischer Räume gibt, läßt sich mit dem Begriff des Allgemeinen besser erfassen als mit dem des Universalen: Das Allgemeine *kann* auch ein Allgemeines der gesamten Menschheit oder der kosmischen Ordnung sein, aber im Gegensatz zum Universalen ist es das nicht zwangsläufig (und insgesamt wohl eher selten). Entsprechend sollen, wenn im folgenden von einem Bezug zum Allgemeinen die Rede ist, insbesondere auch all jene Fälle gemeint sein, in denen je ein spezifischer Aspekt des Allgemeinen angesprochen wird.

Ganz ähnlich wie Lefort die Macht beschreibt Laclau das Allgemeine (d.h. das Allumfassende, ein homogenes Vollkommenes im Sinne des allen gerecht werdenden) als einen leeren Ort. Doch anders als für Lefort, der in dieser Leere eine spezifische Eigenschaft von Demokratien gesehen hatte, ist für Laclau der leere Ort des Allgemeinen eine universelle Eigenschaft von Gesellschaft und damit ein wesentlicher Baustein einer sozialen und politischen Ontologie, in die wiederum psychoanalytische Konzeptionen einfließen. Denn das Entscheidende an der Leere des Ortes des Allgemeinen ist, dass sie zum konstitutiven Mangel von Gesellschaft wird (vgl. Laclau 1996: 28). Mit anderen Worten: Eine Gesellschaft ist *we-*

15 Die Spezifität des Allgemeinen darf dabei nicht als präexistent verstanden werden. Es handelt sich vielmehr um ein Emergenzphänomen, das infolge von diskursiven Artikulationen in Erscheinung tritt. Insbesondere Superdifferenzrelationen (vgl. oben 2.3) spielen hierbei eine Rolle.

sentlich unvollständig, es mangelt ihr an Fülle, an Vollkommenheit, an einem Allgemeinen, das die einzelnen tatsächlich zu *einer* Gesellschaft macht (vgl. Laclau 1990: 71/72);¹⁶ und das kollektive Begehren danach, den Mangel an Allgemeinem zu beheben, konstituiert Gesellschaft erst als solche (gleichzeitig wird es zum Movers politischer Diskurse).

Als Mangel tritt das Allgemeine zuallererst deshalb in Erscheinung, weil es als solches niemals greifbar ist. Stattdessen muß es supplementiert werden, es fordert eine Repräsentation seiner selbst ein. Die begrifflichen Anleihen bei Lacan sind auch in den Laclauschen Schriften offensichtlich: So begreift er das Allgemeine als Äquivalent zu einem horizonthaften Imaginären einer vom Allgemeinen durchdrungenen, idealen (gerechten, stabilen etc.) Gesellschaft, wobei das Imaginäre zu verstehen ist „not [as] one among other objects but [as] an absolute limit which structures a field of intelligibility and is thus the condition of possibility for the emergence of any object“ (also hier einer Identität von Gesellschaft und Allgemeinem) (Laclau 1990: 64). Das Imaginäre wird, wie dargestellt, erst in der Ordnung des Symbolischen sprechbar. Weil der Begriff des Lacanschen Symbolischen und der des Laclauschen (Laclau/Mouffeschen) Diskurses als weitgehend deckungsgleich verstanden werden können,¹⁷ kann man daher kurz formulieren: Das Allgemeine als Imaginäres muß durch den Diskurs supplementiert werden, um sich wirksam zu artikulieren. Es kann, mit anderen Worten, nur als „symbolisches Allgemeines“ diskursiv präsent sein.¹⁸

16 In einem kurzen Aufsatz (Laclau 1990: 89-92) spricht Laclau radikaler von der „Unmöglichkeit von Gesellschaft“ und bezieht sich auf die hegelianische Vorstellung der Gesellschaft als „structured totality [...] as an object having a positivity of its own, which it was possible to describe and define. In this sense, this totality operated as an underlying principle of intelligibility of the social order. The status of this totality was that of an essence of the social order which had to be *recognized* behind the empirical variations expressed at the surface of social life.“ Gegen solch ein umfassendes, auf einer Essenz beruhendes Modell von Gesellschaft wendet Laclau ein: „Against this essentialist vision we tend nowadays to accept the *infinitude of the social*, that is, the fact that any structural system is limited, that it is always surrounded by an ‚excess of meaning‘ which it is unable to master and that, consequently, ‚society‘ as a unitary and intelligible object which grounds its own partial processes is an impossibility“ (beide Zitate ebd.: 90).

17 „[W]hat, in our work, we have called ‚discourse‘, [...] broadly coincides with what in Lacanian theory is called the ‚symbolic““ (Laclau 2000a: 76/77).

18 Auch hier finden wir mithin einen Unterschied zu Lefort. Lefort hatte die Problematik des Allgemeinen im Feld zwischen dem Symbolischen und dem Realen angesiedelt. Schlüssig ist dies, legt man die Lacanschen Register zugrunde, jedoch nicht unbedingt. Zwar muß das Allgemeine, das

Somit muß auch das kollektive Begehren, den Mangel am (imaginären) Allgemeinen zu beheben, auf der Ebene des Symbolischen befriedigt werden. Die Eigenheit dieses Prozesses besteht nun darin, daß das Allgemeine, das als negative Größe bzw. Mangel *einen* einheitlichen Bezugspunkt bildet, im Raum des Symbolischen *eine Vielzahl* von unterscheidbaren partikularen Positivierungen hervorbringt. Es kommt also zu einer Art Kurzschluß zwischen der Einheit des Allgemeinen und der Pluralität des Partikularen (vgl. Laclau 1996: 34).¹⁹ Das bedeutet nichts anderes als daß das einheitliche Begehren nach dem nicht realisierten Allgemeinen in eine Pluralität von partikularen Forderungen übersetzt wird, die das Allgemeine in dieser oder jener Form konkretisieren und damit positivieren. Während das kollektive Begehren am Imaginären orientiert ist, sind die einzelnen Forderungen fest im Raum des Symbolischen verankert – eben weil es sich um Forderungen handelt, die sich gegenüber anderen Forderungen differenzieren lassen und somit konkret verortet werden können – und haben nur insofern eine imaginäre Konnotation als sie in Bezug zum imaginären Allgemeinen artikuliert werden. Nimmt man als Beispiel einen politischen Diskurs, in dessen Zentrum der Mangel an allgemeiner materieller Wohlfahrt steht, so kann das Begehren nach der Beseitigung dieses Mangels seinen Ausdruck in völlig unterschiedlichen Forderungen finden, so zum Beispiel: „Für Witwen und Waisen sollte es staatliche Fürsorge geben“, oder „Der Wirtschaftsprozess sollte möglichst wenig reglementiert sein, weil die Freiheit des

nicht „real“ zugänglich ist, symbolisiert werden; gleichzeitig aber ist es keine Eigenschaft des Allgemeinen, den Symbolisierungsprozeß zusammenbrechen zu lassen, wodurch sich das Reale anzeigen würde. Laclaus Konzeption, in der das Allgemeine im Feld zwischen dem Symbolischen und dem *Imaginären* verortet wird (statt im Feld zwischen dem Symbolischen und dem Realen), ist hier schlüssiger. Denn es ist das Imaginäre, das als das stets symbolisch Verfolgte, aber dabei immer Uneinholbare zu verstehen ist – und das Allgemeine wird ja kontinuierlich symbolisiert, wenn auch keine Symbolisierung je hinreichend ist, um es zu erfassen

- 19 Dieser Kurzschluß zeigt auf, daß im Raum des Politischen eine gegenseitige Abhängigkeit von Allgemeinem und Partikularem besteht, denn zum einen kann das Allgemeine in der Form eines Partikularen diskursiv in Erscheinung treten, aber zum anderen kann auch das partikuläre diskursive Element in politischen Diskursen nur dann eine bedeutende Rolle übernehmen, wenn es die eigene Partikularität transzendiert und zum Kristallisationspunkt universalisierender Effekte wird. Das Allgemeine des Politischen und das Partikuläre kontaminieren sich gegenseitig und zugleich untergraben sie einander: „[U]niversality exists only incarnated in – and subverting – some particularity but, conversely, no particularity can become political without becoming the locus of universalizing effects“ (Laclau 2000a: 56; vgl. auch Laclau 2000b: 209/10).

privaten Unternehmers Wohlstand sichert“, oder „Für das, was wir leisten, sind unsere Löhne zu niedrig“, oder „Das Ausbeutungsverhältnis zwischen KapitalhalterInnen und ArbeiterInnen muß beendet werden“. Bereits diese wenigen Beispiele verdeutlichen, daß die Vielzahl von Forderungen, die mit der Konkretisierung des kollektiven Begehrens nach dem diffusen Allgemeinen einher gehen, nicht nur unterschiedlich, sondern regelmäßig auch widersprüchlich und entsprechend konfliktträchtig sind.

Geht man nun über die grundlegenden Laclauschen Überlegungen hinaus, so lassen sich die infolge des Mangels an Allgemeinem auftretenden, den Mangel positivierenden Einzelforderungen in drei Arten von Forderungen einteilen. Die erste Art von Forderungen artikuliert eine notwendige Bedingung für die Behebung des Mangels an Allgemeinem; solche Forderungen bringen zum Ausdruck, daß das Allgemeine so lange nicht gewährleistet sei, wie dieses oder jenes nicht erreicht sei. Diese Art von Forderungen konkretisiert also einen Teilaspekt des Allgemeinen und ist damit grundsätzlich offen für die Ergänzung durch weitere gemeinwohlorientierte Forderungen, weshalb man sie kumulative Forderungen nennen kann. Die zweite Art von Forderungen formuliert eine notwendige Bedingung für die Behebung des Mangels an Gemeinwohl, die *zugleich* als eine hinreichende Bedingung für die Erfüllung anderer, am Allgemeinen orientierter Bedingungen artikuliert wird. Eine derartige Forderung kann man subsumtive Forderung nennen, weil sie zum Ausdruck bringt, daß dann, wenn sie selbst erfüllt wird, zugleich andere allgemein-orientierte Forderungen erfüllt werden. Mit einer Forderung der dritten Art schließlich wird eine hinreichende Bedingung für die Behebung des Mangels an Allgemeinem artikuliert und damit die Erfüllung *aller* Forderungen, die auf die Behebung dieses Mangels zielen, impliziert. Entsprechend haben wir es hier mit der höchstmöglichen Steigerung einer subsumtiven Forderung zu tun, die daher als umfassende Forderung bezeichnet werden soll.²⁰ Eine umfassende Forderung hat drei wichtige Eigenschaften: Erstens artikuliert sie stets ein symbolisches Äquivalent des Allgemeinen bzw. ein symbolisches Allgemeines – das Allgemeine wird also vollständig positiviert. Ein Beispiel für eine solche umfassende Forderung – und zugleich für den Kern einer hegemonialen Formation-Formierung (siehe hierzu Kapitel 4) – könnte lauten: „Solan-

20 Im vierten Kapitel arbeite ich heraus, daß subsumtive Forderungen, indem sie in das Terrain des anderen eindringen, bereits einen wichtigen Teil der hegemonialen Praxis ausmachen. Eine hegemoniale Formation-Formierung, d.h. die diskursive Struktur eines ausgereiften hegemonialen Projekts, konstituiert sich jedoch nur um umfassende Forderungen.

ge wir die Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft [symbolisches Äquivalent des Allgemeinen] verwirklichen [in Kombination mit „solange“ Ausdruck des Forderns], wird auch jene allgemeine materielle Wohlfahrt [der imaginäre, obwohl hier symbolisierte Aspekt des Allgemeinen] existieren, nach der unser gesamtes Volk strebt [Ausdruck des kollektiven Begehrens].“ Zweitens bleibt auch eine umfassende Forderung immer eine partikulare Forderung, insofern sie eine spezifische Forderung ist, die sich von allen anderen Forderungen unterscheidet, insbesondere natürlich von anderen umfassenden Forderungen. Das verdeutlicht drittens, daß eine umfassende Forderung, ohne es „tatsächlich“ sein zu können, immer dem Anspruch nach umfassend ist und diesen Anspruch im Rahmen hegemonialer Praxis durchzusetzen sucht. Ein solcher Anspruch kann aber nur erhoben werden, wenn anderen Forderungen, die ebenfalls als allgemein-orientiert artikuliert werden, eben diese Orientierung am Allgemeinen abgesprochen wird, wenn es also zu einer Zweiteilung des symbolischen Raums zwischen Pro-Allgemeinem und Contra-Allgemeinem kommt. Politische Konflikte werden dadurch derart forciert, daß man von Antagonismen sprechen kann. Im Detail komme ich auf diese diskursive Einrichtung von Antagonismen zurück, wenn ich im fünften Kapitel die Problematik hegemonialer Strategien verhandle.

Wenn wir eben davon sprachen, dass das imaginäre Allgemeine stets symbolisch supplementiert werden muß, was mit vielfältigen Forderungen geschieht, so ist dies nur einer von zwei Aspekten des Mangelcharakters des Allgemeinen. Der zweite Aspekt liegt darin, daß von den vielen symbolischen Repräsentanten keiner je das imaginäre Allgemeine dauerhaft und „tatsächlich“ erfassen kann. Entweder zielen Forderungen gar nicht auf das „ganze“ Allgemeine, wie dies bei kumulativen oder subsumtiven Forderungen der Fall ist. Oder aber es wird mit einer umfassenden Forderung ein symbolisches Äquivalent des Allgemeinen in den Diskurs eingeführt, das seiner Aufgabe, das – imaginäre – Allgemeine einzufangen, letztlich nicht gerecht werden kann. Obwohl das Allgemeine also natürlich stets irgendwie symbolisch erfaßt werden muß (etwa: //allgemeine materielle Wohlfahrt//²¹), läßt es sich in seiner ganzen Fülle und Vollkommenheit niemals symbolisieren. Jedes symbolisch konstituierte Allgemeine ist der Veränderlichkeit des diskursiv-sozialen Geschehens ausgesetzt, und kann damit kein „tatsächliches“ Allgemeines sein, sondern allenfalls das Ergebnis des nur auf den ersten Blick paradox erscheinenden Vorgangs einer stets prekären „relativen Universalisierung“ (Laclau 1996: 53, 65). Man könnte auch sagen, daß das All-

21 Die Schreibweise in // // soll das Imaginäre, letztlich nicht Symbolisierbare zum Ausdruck bringen.

gemeine, weil es nur als Mangel in Erscheinung tritt, in seiner positiven Form notwendigerweise uneindeutig bleibt. Daß das Allgemeine (das Gemeinwohl, die Gerechtigkeit etc.) nicht oder noch nicht realisiert sei, läßt sich also immer feststellen – nicht hingegen, wie es genau beschaffen ist. Und so läßt sich der leere Ort des Allgemeinen niemals endgültig besetzen. Das Allgemeine wird, wie es Judith Butler (2000: 39) formulierte, stets vom „not yet“ eingeholt. Somit ist das Allgemeine sowohl in seiner imaginären als auch in seiner symbolischen Form mangelhaft: Als imaginäres Allgemeines ist es niemals erreichbar, und als symbolisches Allgemeines reicht es nie hin.

Wie bereits angesprochen, ist es gerade diese Tatsache, daß das Allgemeine nur als Fehlendes oder Unzureichendes in Erscheinung tritt, die Konkurrenz und Konflikte um die Besetzung des leeren Ortes des Allgemeinen immer wieder auf Neue provoziert. Derartige Konflikte ergeben sich geradezu zwangsläufig, da das Allgemeine ja per Definition für alle gelten soll, also auch für jene, die andere Versionen des Allgemeinen artikulieren. Gerade die Offenheit der Symbolisierung des Allgemeinen führt also unweigerlich zu Konflikten darüber, mit welcher konkreten Forderung dem Begehren nach dem nicht realisierten Allgemeinen Ausdruck verliehen werden soll, bzw. darum, welcher Inhalt einer (stets partikularen) Forderung als symbolisches Äquivalent des Allgemeinen positioniert wird. Somit läßt sich, wiederum mit Laclau (1990: 81), eine Durchdringung von Allgemeinem und Konfliktivität feststellen: „This means that the question of power, the intrinsic impurity of antagonisms and struggles, penetrate the field of the universal itself.“ Solche Konflikte um die Besetzung des leeren Ortes des Allgemeinen bilden den Kern der Politik (vgl. ebd. und Laclau 1996: 59) und zeichnen gerade Demokratien aus (vgl. ebd.: 35).

Wir sind damit der Klärung des Rätsels, weshalb und wie im Politischen Allgemeines und Konflikt kurzgeschlossen werden, näher gekommen. Eingangs dieses Abschnitts habe ich darauf verwiesen, daß das besondere Problem darin besteht, daß es sich beim Allgemeinen *per definitionem* um eine unteilbare Kategorie handelt, der Konflikt hingegen Teilung bedingt. Dieses Problem ist jedoch nur ein scheinbares Problem, sobald verstanden wird, daß der leere Ort des Allgemeinen in der Tat unteilbar ist, aber als „negativer“ Ort eben nicht zugänglich ist, sondern einem Mangel gleichkommt, der eine symbolische Anfüllung einfordert. Das kollektive Begehren, den Mangel zu beheben, wird im Raum des Symbolischen bzw. im Diskurs in verschiedene partikuläre Forderungen übersetzt, die dann wiederum die Grundlage des politischen Konflikts bilden. Im Raum des Politischen ist also die gegenseitige Abhängigkeit von Konflikt und Allgemeinem nicht nur zufällig, sondern notwendig.

Es sind vor allem drei Arten des Konflikts um das Allgemeine, die in politischen Diskursen zum Tragen kommen. Die erste dieser Konfliktarten läßt sich als *pluralistischer* Konflikt um die Anfüllung des leeren Ortes des Allgemeinen bezeichnen. Pluralistische Konflikte sind hauptsächlich geprägt vom Hin und Her kumulativer und subsumtiver Forderungen, die in den Diskurs einfließen, u.U. zurückgewiesen, abgewandelt, wieder eingebracht und eventuell schließlich aufgegeben werden. Ein Beispiel für einen pluralistischen Konflikt wäre ein Konflikt darum, ob das Allgemeine einer wirtschaftspolitischen Ordnung mit „Kapitalismus“, „freier Marktwirtschaft“, „Sozialer Marktwirtschaft“, „Sozialistischer Marktwirtschaft“ oder „Sozialismus“ signifiziert wird.

Solche pluralistische Konflikte können dann zugleich überwunden und zugespitzt werden, wenn eine zweite Konfliktart ins Spiel kommt, und zwar die *antagonistische*. Der Zusammenhang von Hegemonie und Antagonismus wird im Zentrum stehen, wenn ich im fünften Kapitel hegemoniale Strategien diskutiere. Daher an dieser Stelle nur einige grundlegende Erläuterungen: Für die Entstehung von Antagonismen spielt die obige Überlegung eine zentrale Rolle, daß umfassende Forderungen den diskursiven Raum zweiteilen: So besteht der Kern einer umfassenden Forderung ja darin, daß die Erfüllung dieser Forderung alle anderen Forderungen, die mit Blick auf das Allgemeine artikuliert werden, ebenso erfüllt. Hierzu müssen verschiedene Forderungen unter „einem Banner“ miteinander äquivalent gesetzt werden. Laclau und Mouffe (1985) sprechen daher auch davon, daß (symbolische) Allgemeinheit das Resultat von immer ausgedehnteren „Äquivalenzketten“ sei. Das Schmieden solcher Äquivalenzketten kann als wesentlicher Bestandteil hegemonialer Praxis gelten, ist aber nur möglich, wenn all jenen anderen Forderungen, die selbst umfassende Forderungen sind, sowie jenen Forderungen, die *nicht* integriert werden können, die Orientierung am Allgemeinen abgesprochen wird. Ein Beispiel für einen Antagonismus wäre die hegemoniale Verbindung z.B. der „Sozialen Marktwirtschaft“ mit dem Allgemeinen, während Forderungen nach anderen Wirtschaftsordnungen in der einen oder anderen Form mit der Negation des Allgemeinen in Beziehung gesetzt werden (mangelnde Produktivität, ungerechte Verteilung o.ä.). Wenn eine umfassende Forderung (natürlich nur zeitweise) eine ausreichend große Äquivalenzkette um sich herum ausbilden kann, d.h. wenn ein symbolisches Allgemeines weitreichende Anerkennung gefunden hat, dann werden mit dieser Äquivalenzkette einerseits bestehende pluralistische Konflikte befriedet. Andererseits entsteht jedoch ein neuer, zugespitzter Konflikt, weil alle Forderungen, die in der umfassenden Forderung aufgehoben werden, en bloc jenen entgegengestellt werden, die ins Außen verbannt werden.

Die dritte Konfliktart, die für politische Diskurse typisch ist, findet auf einer anderen Ebene statt als die ersten beiden, denn sie kommt nicht während des Kampfes um die Symbolisierung des Allgemeinen zum Tragen, sondern dann, wenn dieser Kampf – vorläufig – entschieden ist: die *Deutungskonkurrenz* hinsichtlich desjenigen diskursiven Elements, welches das Allgemeine symbolisiert. Daß eine solche Konkurrenz nicht unter Verweis auf eine „eigentliche Bedeutung“ abgewendet werden kann, hat das vorangegangene Kapitel unter Bezugnahme auf die „Soziale Marktwirtschaft“ verdeutlicht. Ich komme auf die Deutungskonkurrenz am Ende dieses Kapitels nochmals zurück.

Die drei damit skizzierten Konfliktarten müssen sich im übrigen zu keinem Zeitpunkt gegenseitig ausschließen: Deutungskonflikte finden ohnehin häufig innerhalb hegemonialer, also antagonistisch strukturierter Formationen statt. Aber auch pluralistische Konflikte und Antagonismen dürfen nicht als sich gegenseitig ausschließende Konflikttypen verstanden werden. Wenn zum Beispiel im Rahmen hegemonialer Praxis eine soziale Kraft aus dem antagonistischen Lager herausgebrochen und in die „eigene“ Äquivalenzkette eingefügt wird (vgl. Laclau 2000c: 305), dann wird diese soziale Kraft im Prinzip als eigenständige Größe anerkannt, die nicht von Natur aus auf dieser oder jener Seite des Antagonismus zu finden ist, sondern eine Kraft in einem von mehr als zwei Polen bestimmten sozialen Feld ist (vgl. auch Laclau 2005: 131-33). Deutlich wird die Parallelität von pluralistischem Konflikt und Antagonismus aber vor allem dann, wenn sich eine hegemoniale Bewegung mit einer Gegenbewegung konfrontiert sieht, die dort Differenzen behauptet, wo die hegemoniale Bewegung Äquivalenzen artikuliert, die also genau die (auf Differenz beruhende) Pluralität der Konflikte hervorhebt (siehe hierzu auch die Diskussion der defensiv-hegemonialen Strategie in Kapitel 5).

Dank der Rekonstruktion einiger Überlegungen Claude Leforts, Marcel Gauchets und Ernesto Laclau ist es nun gelungen, ein deutlicheres Bild vom politischen Zusammenhang zwischen Allgemeinem und Konfliktivität zu zeichnen. Es zeigt sich, daß die obige Formulierung des Politischen, welche die auf den ersten Blick so unvereinbaren Positionen Schmitts und Arendts in Beziehung setzte und die Schmittsche Konfliktivität mit dem Arendtschen Bezug zum Allgemeinen kurzschloß, ohne weiteres aufrecht erhalten werden kann. Man muß sich dabei allerdings klarmachen, daß das Allgemeine, das im Diskurs auftaucht, das symbolische Allgemeine, nicht dasselbe Allgemeine ist wie jenes imaginäre Allgemeine, das diskursiv nur als leerer Ort und als Mangel, der das gesellschaftliche Begehren nach dem Allgemeinen auslöst, in Erscheinung treten kann; kein symbolisches Allgemeines kann diesen Mangel dauerhaft und in einer für alle Betroffenen befriedigenden Weise behe-

ben. Man muß das Allgemeine der obigen Definition des Politischen also differenziert betrachten. Dasselbe gilt für die politische Konfliktivität, deren diskursiv relevante Spielarten soeben erörtert wurden.

Schließlich muß die Definition des Politischen noch um einen wichtigen Aspekt ergänzt werden, der sich gerade bei Laclau immer wieder andeutet. Es gibt niemals die Notwendigkeit, einen bestimmten Kandidaten unter den Partikularitäten des symbolischen Raums zu erwählen, um das Allgemeine zu repräsentieren. Damit jedoch ist jede diskursive Symbolisierung des Allgemeinen von Kontingenz und Historizität durchdrungen. Weil es also zum einen nicht durch Notwendigkeit vorgegeben ist, welche partikulare Position zur Repräsentation des Allgemeinen „prädestiniert“ ist, und weil gleichzeitig der Konflikt zwischen partikularen Positionen um die Besetzung des leeren Ortes kontinuierliche Verschiebungen mit sich bringt, handelt es sich bei der Logik des Politischen um eine dynamische und dynamisierende Logik. Indem es ein imaginäres Allgemeines symbolisch (aber immer auch hegemonial) verfügbar macht, ist es das Politische, das, in den Worten Hannah Arendts, das Neu-Anfangen (und zwar ein je „besseres“ Neu-Anfangen) ermöglicht.²² Es ist aber auch das Politische, das den Modus des Konflikts bzw. des Antagonismus mit sich bringt. Beide Faktoren zusammen – Konflikt und Bezug zum Allgemeinen – machen das Politische zu jener Logik, die den Raum des Gesellschaftlichen zu verschieben und zu erschüttern vermag.

Unter Berücksichtigung einiger Modifikationen läßt sich nun die oben gewonnene Definition des Politischen neu formulieren: Demnach ist das Politische zu begreifen als jene dynamische Logik, im Rahmen derer im Raum des Symbolischen/des Diskurses über die partikulare Besetzung des leeren Ortes des Allgemeinen in konflikthafter Weise verhandelt wird. (Daß das Politische damit immer diskursiv ist, bedeutet nicht, daß jeder Diskurs ein politischer Diskurs ist. Ein Diskurs ist nur dann ein politischer Diskurs, wenn in ihm das Allgemeine – bzw. ein spezifisches Allgemeines – konflikthaft verhandelt wird.)

3.3 „Soziale Marktwirtschaft“ als leerer Signifikant

Am Ende des zweiten Kapitels sahen wir uns dem Problem gegenüber zu erklären, wie sich in politischen Diskursen das einstellt, was in der

22 Oder, wie Slavoj Žižek (2001: 273/74) feststellt: Politik ist nicht die Kunst des Möglichen, sondern gerade des Unmöglichen.

deutschen Sprachwissenschaft häufig als deontische Bedeutungskomponente von Begriffen bezeichnet wird. Die in 3.1 und 3.2 vorgenommenen Überlegungen zum Politischen und zum politischen Diskurs machen es nun möglich, die noch fehlende Erklärung zu finden, denn das Auftreten positiver deontischer Bedeutungskomponenten in politischen Diskursen steht in Zusammenhang mit der symbolischen Repräsentation des (imaginären) Allgemeinen.

Den entscheidenden Hinweis liefert Ernesto Laclau *Theorem des leeren Signifikanten* (vgl. Laclau 1996: 36-46).²³ Dabei erinnert der Begriff des Signifikanten natürlich an die strukturalistische Zeichentheorie. Zugleich aber scheint sie zu ihr im Widerspruch zu stehen, hatte doch, wie in Kapitel 2 ausgeführt, Ferdinand de Saussure (1967[1916]) das Zeichen als Zusammenspiel von Signifikant und Signifikat beschrieben – wobei ein Zeichen stets über *beide* Teile verfügt. Der Begriff des leeren Signifikanten scheint jedoch auf ein fehlendes Signifikat zu verweisen und ist deshalb auch vor dem Hintergrund der strukturalistischen Zeichentheorie erklärungsbedürftig.

Mit der Leere des Signifikanten ist allerdings weder das Fehlen eines Signifikats gemeint noch – was eine weitere Möglichkeit wäre – die Tatsache, daß der Signifikant durch Signifikantennetze gleitet und daher kein eindeutig fixierbares, eigentliches Signifikat hat. Vielmehr verweist der leere Signifikant auf ein *unmögliches* Signifikat und damit zugleich das Attribut „leer“ auf den Kollaps der grundlegenden *Funktion* von Signifikanten: des Bezeichnens. Denn im allgemeinen bezeichnen zwar Signifikanten, weil sie flottieren, nicht so eindeutig Signifikate, wie dies vielleicht aus sprachkritischer Sicht wünschenswert wäre; gleichwohl

23 Der Begriff des leeren Signifikanten erinnert an den Begriff der Leerformel, den Ernst Topitsch schon früh für jene Worte eingeführt hat, die „keinen angebbaren Sach- oder Normgehalt besitzen“ (Topitsch 1960: 234) und häufig dafür verwendet würden, Universalien zu bezeichnen. Allerdings finden Leerformeln – wie „das Sein“, „die kosmische Ordnung“ oder „die Dialektik“ – nach Topitsch v.a. Verwendung, um Aussagen gegen Falsifizierbarkeit zu immunisieren. Hieran schließt sich das sprachkritische Forderung an, daß solche Formeln grundsätzlich, aber mindestens in der Wissenschaft gemieden werden sollten. Demgegenüber theoretisiert Laclau den leeren Signifikanten als notwendiges Strukturelement von politischen Diskursen und verbindet mit diesem theoretischen Entwurf keinerlei sprachkritische oder anderweitig normative Forderung. Die Entwicklung des Konzepts des leeren Signifikanten stellt Laclau in den Mittelpunkt seines Aufsatzes „Why do empty signifiers matter to politics?“ (Laclau 1996: 36-46). Vor allem einigen Beiträgen von Urs Stäheli (1996; 1999) und André Brodocz (1998; 2000; 2003) ist die bislang eher sporadische Rezeption dieses wichtigen Konzeptes in Deutschland zu verdanken; vgl. auch Nonhoff (2001).

führt das Gleiten der Bedeutung durch das Signifikantennetz nicht dazu, daß flottierende Signifikanten außerhalb des Systems des Bezeichnens stehen. Demgegenüber besteht das Hauptmerkmal des leeren Signifikanten genau darin, daß er die *Grenzen* des Bezeichnens anzeigt und damit die Struktur von Bezeichnungsprozessen subversiv unterläuft: „An empty signifier can [...] only emerge if there is a structural impossibility in signification as such, and only if this impossibility can signify itself as an interruption (subversion, distortion, etcetera) of the structure of the sign“ (Laclau 1996: 37).

Um dies näher zu erläutern, rekurriert Laclau zunächst auf Saussure: Zeichensysteme sind Differenzsysteme, in denen die einzelnen Elemente ihre Bedeutung ausschließlich relational, im Verhältnis zur Totalität des Zeichensystems, konstituieren können. Die Bedingung der Möglichkeit des Bezeichnens besteht also darin, daß Zeichen ein System bilden. Diese Überlegung bleibt in ihren Grundzügen unverändert, wenn wir kein starres, sondern ein bewegliches, ein gleitendes Differenzssystem annehmen. Nun kommt aber hinzu, daß die Bedingung der Möglichkeit von Systemen darin liegt, Grenzen dieser Systeme zu bestimmen. Ein System als Zusammenhang von Elementen ist nur denkbar, wenn eine Grenze anzeigt, welche Elemente Teil des Systems sind und welche nicht. Ein Zeichensystem aber bildet hinsichtlich seiner Grenzen einen Sonderfall:

[I]f what we are talking about are the limits of a *signifying system*, it is clear that those limits cannot themselves be signified, but have to *show* themselves as the *interruption* or *breakdown* of the process of signification. Thus, we are left with the paradoxical situation that what constitutes the condition of possibility of a signifying system – its limits – is also what constitutes its condition of impossibility – a blockage of the continuous process of signification (Laclau 1996: 37).

Die Grenzen eines Zeichensystems können also nicht bezeichnet werden, sondern äußern sich allein durch den Punkt, an welchem der Prozeß des Bezeichnens ins Stocken gerät bzw. vollständig zum Erliegen kommt.

Wie kommen solche Grenzen zustande? Sie können sich nicht im Sinne „neutraler“ Grenzen aus der Natur dessen ergeben, was sie trennen. Denn in diesem Fall wäre die Beziehung zwischen Ein- und Ausgeschlossenem, in unserem Fall zwischen Bezeichenbarem und nicht Bezeichenbarem, eine natürliche Differenz. Weil ein Zeichensystem aber aus der Totalität der Differenzen besteht, bedeutet dies, daß die Grenzen zwischen zwei differenten Elementen nicht die Grenzen des Zeichensystems darstellen können. Wenn die Grenzen somit nicht auf natürlicher Differenz beruhen, so können sie sich als tatsächliche Grenzen nur durch

Ausschluß konstituieren. Ein Ausschluß muß dann stattfinden, wenn eine Aktualisierung des Ausgeschlossenen die Unmöglichkeit des durch die Grenzen gegebenen Systems bedingen würde; im vorliegenden Fall ist es das Prinzip der Nicht-Differenz, welches das eingeschlossene Differenzsystem bedroht. Weil die Grenze damit etwas ausschließt, was das Eingeschlossene grundsätzliche infragestellt, kann sie als antagonistische Grenze gelten. „True limits are always antagonistic“, wie Laclau formuliert (ebd.).

Für die Konstituierung eines von Differenz gekennzeichneten Zeichensystems, zu der eine solch antagonistische Grenzziehung notwendig ist, sind drei Begleiterscheinungen charakteristisch. Erstens ist das System der Differenzen durch eine tiefgreifende Ambivalenz gekennzeichnet. Diese Ambivalenz besteht darin, daß innerhalb des Zeichensystems Sinn und Bedeutung der diskursiven Elemente – wie mehrfach ausgeführt – nur aufgrund von Differenz existieren können, daß aber gleichzeitig all diese durch Differenz überhaupt erst konstituierten Elemente insofern miteinander äquivalent sind, als sie sich alle auf dieser Seite der Grenze des Ausschlusses, das heißt im Raum der Differenz, befinden. Es operiert also neben der Logik der Differenz auch die Logik der Äquivalenz, die die Elemente als dem Prinzip der Differenz zugehörig konstituiert. Hiermit wird wiederum deutlich, daß es sich bei dem systemkonstituierenden Ausschluß nicht um ein (durch Differenz) Bestimmtes, sondern eben genau um das nicht-differente (imaginäre) Allgemeine, das Universale oder, wie Laclau es hier nennt, das „reine Sein“ handeln muß (Laclau 1996: 38). Das Problem dabei ist, daß mit dem Ausschluß des „reinen Seins“ auch das reine Sein bzw. die Vollständigkeit und Vollkommenheit des symbolischen Systems selbst in Frage gestellt ist. Wir begegnen hier erneut dem konstitutiven Mangel, der das Symbolische kennzeichnet. Um dieser fundamentalen Infragestellung entgegenwirken zu können, ist es notwendig, das imaginäre reine Sein symbolisch einzufangen (ein Unterfangen, das letztlich unmöglich ist, aber dennoch kontinuierlich verfolgt wird). Hier deutet sich bereits an, was Laclau mit dem leeren Signifikanten meint: einen Signifikanten, der die Grenzen des Systems darstellt, der auf das Allgemeine²⁴ bzw. auf das reine Sein

24 Laclau spricht in dieser Passage nicht vom Allgemeinen, sondern vom Prinzip der Positivität. Weil sich aber beide – das Allgemeine wie die Positivität – durch die Aufhebung der Differenz auszeichnen, und weil Laclau in späteren Arbeiten (z.B. Laclau 2000a: 56/57) dazu übergeht, die Funktion des leeren Signifikanten mit der Bezeichnung des Allgemeinen („universality“ oder „universal“) zu beschreiben, verwende ich an dieser Stelle, der Terminologie der restlichen Ausführungen entsprechend, den Terminus des Allgemeinen.

verweist, d.h. jenen paradoxen Signifikanten, der notwendigerweise dem System der Differenz entstammt, aber die vollständige Auslöschung aller Differenz repräsentiert.

Die zweite Begleiterscheinung des Ausschlusses geht mit der ersten einher. Da das aus dem symbolischen System ausgeschlossen wird, was den differentiellen Charakter dieses Systems negiert, muß das Ausgeschlossene *per definitionem* einheitlich und vollkommen sein – genau wie das Allgemeine. Eventuelle Differenzen zwischen verschiedenen ausgeschlossenen Kategorien werden dabei durch Äquivalenzketten ausgelöscht. (So ist es zum Beispiel kein Problem, wenn der Signifikant „Gott“, der vielleicht am deutlichsten einen Gegenpol zu allen menschlichen Differenzierungen bildet, gleichzeitig rachesüchtiger und liebender Gott, gleichzeitig Vater, Sohn und Heiliger Geist ist. „Gott“ ist eins und damit nur „Gott“.)

Drittens schließlich emergieren leere Signifikanten, die die Funktion übernehmen müssen, das ausgeschlossene, nicht-differente, imaginäre Allgemeine in das differenzierte Zeichensystem, also ins Symbolische zurückzuholen. An der Stelle dessen, was das Geforderte einer umfassenden, am Allgemeinen orientierten Forderung ausmacht, findet sich also ein leerer Signifikant. Dadurch wird zugleich das Allgemeine bzw. das „reine Sein“ diskursiv verfügbar und ein Zeichensystem als vollständiges System konstituiert.

Warum aber „leerer“ Signifikant? Das Problem besteht darin, daß der betreffende Signifikant nicht eine Differenz bezeichnen soll, sondern jenen Ausschluß, der das Fundament aller Differenz bildet. Daher reicht eine weitere Differenz zu dieser Bezeichnung nicht aus. Vielmehr muß die differente Natur des Bezeichnens untergraben werden:

But if what we are trying to signify is not a difference but, on the contrary, a radical exclusion which is the ground and condition for all differences, in that case, no production of one more difference can do the trick. As, however, all the means of representation are differential in nature, it is only if the differential nature of the signifying units is subverted, only if the signifiers empty themselves of their attachment to particular signifieds and assume the role of pure being of the system – or, rather, the system as pure Being – that such signification is possible (Laclau 1996: 39).

Die Bezeichnung der Grenzen des Systems ist also nur dann möglich, wenn sich ein bestimmter Signifikant seiner Beziehung zu einem Signifikat (oder, wie man ergänzen möchte, zu anderen Signifikanten) entledigt, und eben keine Differenz mehr anzeigt, sondern das Allgemeine, das „reine Sein“. Damit fundiert dieser leere Signifikant auch das Sy-

stem als reines System, als unbefleckt von Ambiguität, im Sinne eines „system as pure Being“.²⁵ Mit Hilfe der Figur des leeren Signifikanten läßt sich also der Mechanismus erklären, der hinter jeder Signifikation des imaginären Allgemeinen steckt. Das Entstehen einer „positiven“ deontischen Bedeutungskomponente ist mit diesem Mechanismus eng verbunden: Indem er das Allgemeine symbolisch verfügbar macht und gleichzeitig das Zeichensystem begrenzt und ermöglicht, behebt der leere Signifikant in doppelter Weise einen konstitutiven Mangel (eine rein symbolische Operation, die in letzter Konsequenz unmöglich ist!) und erhält damit als Signifikant mit „Linderungsfunktion“ eine „positive“ deontische Bedeutungskomponente.²⁶

Ich möchte nun vorschlagen, „Soziale Marktwirtschaft“ als eben solchen leeren Signifikanten im ordnungs-, wirtschafts- und sozialpolitischen Diskurs der Bundesrepublik Deutschland zu begreifen. Der Signifikant „Soziale Marktwirtschaft“ schließt diskursiv das deutsche System möglicher Wirtschaftsordnungen,²⁷ indem er eine abwesende gesell-

25 Das Theorem des leeren Signifikanten zeichnet sich im übrigen durch eine gewisse Nähe zur negativen Theologie der Mystik aus, für die die Unbenennbarkeit Gottes einen der zentralen Gegenstände darstellte. Dies gilt neben dem späteren Meister Eckhart insbesondere für die beiden aus dem 5. Jahrhundert stammenden Schriften *De divinis nominibus* und *De mystica/theologia* des Dionysius Areopagita (vgl. zur negativen Theologie bei Dionysius Areopagita Ruh 1990: 42–53). Laclau ist sich dieser theoretischen Verwandtschaft bewußt, sieht aber dennoch einen maßgeblichen Unterschied: Die negative Theologie setzt demnach verschiedene Strategien ein, um die Positivität einer inhaltlichen Füllung auf ein Minimum zu reduzieren, obwohl die Positivität letztlich nicht vermeidbar ist. Dem gegenüber läuft die hegemoniale Praxis, die den Gegenstand der Theorie vom leeren Signifikanten bildet, geradezu offensiv darauf hinaus, den leeren Ort des Allgemeinen mit einem bestimmten Partikulum zu füllen, dessen ganzes hegemoniales Projekt ja darin besteht, Allgemeinheit zu repräsentieren (vgl. Laclau 1998: 277).

26 Dieser Lesart, die leere Signifikanten ausschließlich als Träger „positiver“ deontischer Bedeutungskomponenten versteht, steht Sarasins Lesart gegenüber, die positiv wie negativ besetzte leere Signifikanten ausmacht (Sarasin 2001: 69). Gegen Sarasins Lesart spricht vor allem, daß negativ besetzte leere Signifikanten keine „Linderungsfunktion“ übernehmen könnten. Allerdings läßt sich die deontische Bedeutung jener Signifikanten, die Sarasin als negativ besetzte leere Signifikanten bezeichnet (etwa „Schwarze Haut“), damit erklären, daß sie in Kontraritätsrelationen zu (stets positiv besetzten) leeren Signifikanten artikuliert werden, d.h. in Kontrarität zum Allgemeinen selbst.

27 Ich möchte hier nicht mißverstanden werden: Daß „Soziale Marktwirtschaft“ das deutsche System möglicher Wirtschaftsordnung diskursiv schließt, bedeutet nicht, daß es nicht möglich wäre, anderen Wirtschaftsordnungen „das Wort zu reden.“ Der entscheidende Punkt ist aber – schließlich

schaftliche Vollkommenheit bezeichnet, jene perfekte Wirtschaftsordnung, die wenigstens alle Grundwerte²⁸ und alle gesamtwirtschaftlichen Ziele²⁹ vollkommen realisiert und damit sowohl allen Einzelnen als auch der Gesamtheit der Betroffenen gerecht wird. Eine derartige perfekte Wirtschaftsordnung befindet sich gleichwohl jenseits der Grenzen aller erfahrenen Wirtschaftsordnungen, die auf Differenzen und Austausch zwischen Akteuren, Grundwerten und gesamtwirtschaftlichen Zielen beruhen. Indem „Soziale Marktwirtschaft“ nun auf die Vollkommenheit jenseits des wirtschafts- und sozialpolitischen Diskurses verweist, holt sie diese Vollkommenheit in den von Differenzen geprägten diskursiven Raum und bezeichnet somit als Partikularität etwas, das nicht bezeichnet werden kann: das Allgemeine dieses Diskurses. Gleichzeitig repräsentiert die „Soziale Marktwirtschaft“ die reine Identität des ordnungs-, wirtschafts- und sozialpolitischen Diskurses der Bundesrepublik Deutschland, sie ist zum „Fahnenwort für die bundesdeutsche Wirtschaftsordnung“ (Wengeler 1995: 48) insgesamt geworden. Deshalb kann man vereinfacht auch vom „Diskurs der Sozialen Marktwirtschaft“ sprechen.

An dieser Stelle gilt es nochmals zu betonen, daß das ausgeschlossene Allgemeine ein imaginäres Allgemeines ist, das nicht tatsächlich verwirklicht, sondern nur symbolisiert werden kann. Es bleibt konstitutiv unerreichbar, weil es als symbolisches Allgemeines immer in das unaufhörliche Spiel der Differenz eingebunden, und damit nicht wirklich einheitlich-allgemein sein kann. Das zeigt sich bereits daran, daß sich in verschiedenen diskursiven Zusammenhängen beziehungsweise zur Formierung verschiedener hegemonialer Formationen eine Pluralität leerer Signifikanten entwickelt hat; nie war ein einzelner Signifikant in der Lage, das „umfassende Allgemeine“ befriedigend zu symbolisieren (weshalb wir auch in unseren Ausführungen immer wieder von einem spezifischen Allgemeinen gesprochen haben). Das imaginäre Allgemeine weicht also vor dem symbolischen Allgemeinen kontinuierlich zurück, bleibt aber in der Form des Mangels dennoch immer als Zukünftiges präsent; es ist, wenn man so will ein Allgemeines *à venir*. Das Imaginär-Allgemeine ist ein Uneinholbares, das sich gleichzeitig durch die Notwendigkeit wie durch die Unmöglichkeit adäquater symbolischer Reprä-

geht es um politisch-gesellschaftliche Hegemonien –, daß diskursive Positionen vorerst ausschließlich innerhalb der „Sozialen Marktwirtschaft“ verortet werden können, wenn sie ernst genommen werden wollen.

28 Im Sinne der oben (2.3) zitierten Untersuchung von Föste/Janßen (1999): Freiheit, Gleichheit, Verantwortung und Gerechtigkeit.

29 Im Sinne des „magischen Vierecks“: Geldwertstabilität, möglichst hohe Beschäftigung, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und angemessenes Wirtschaftswachstum.

sensation zeigt. Weil dieses Uneinholbare nicht angemessen dargestellt werden kann, folgt aber andererseits, daß jeder Signifikant, der es bezeichnen soll, konstitutiv unangemessen ist.

Daher stellt sich die Frage, wie es kommt, daß ein bestimmter und nicht ein anderer Signifikant in die Rolle des leeren Signifikanten schlüpft, der die Reinheit des Systems bewahrt und damit – als Repräsentant des Allgemeinen – eine hegemoniale Funktion übernimmt. (Warum „Soziale Marktwirtschaft“ und nicht einfach „Marktwirtschaft“ oder „Sozialistische Marktwirtschaft“ oder „Sozialismus“?) Dies ist eine komplexe und schwierige Frage, die auch nicht durch die Feststellung beantwortet werden kann, daß der betreffende Signifikant eben als Panazee für den konstitutiven Mangel des jeweiligen Systems verstanden wird. Denn: Wann ist das so und wann nicht? Wäre diese Frage einfach zu beantworten, könnte man eine Art universell einsetzbaren Werkzeugkasten für die Etablierung politisch-diskursiver Hegemonien entwerfen. Angesichts der Komplexität, der Ereignishaftigkeit und der Dynamik von Diskursen erscheint es aber offensichtlich, daß es kein derartiges universelles Werkzeug geben kann. Zwar ist die Konstituierung eines leeren Signifikanten sicherlich, wie Laclau (1996: 40) feststellt, eine Folge von Politik, aber die Ereignishaftigkeit politischer Diskurse verhindert einfache Aussagen der Art, daß diese oder jene Signifikanten immer als leere Signifikanten zum Bestandteil hegemonialer Formationen werden, oder daß Signifikanten immer diese oder jene Bedingungen erfüllen müssen, um zum symbolischen Repräsentanten des Allgemeinen zu werden.

Eine bessere Erklärung können wir finden, wenn wir bedenken, daß wir „[i]n der Empirie [...] niemals auf ‚reine‘ leere Signifikanten“ treffen (Stäheli 1999: 149). Dies gilt natürlich auch für den Signifikanten „Soziale Marktwirtschaft“, der trotz seiner Funktion als leerer Signifikant im Zuge von Artikulationen – wie oben ausgeführt – weiterhin zu einer Vielzahl weiterer Signifikanten in Relation gesetzt wird. Damit wird durchaus Sinn generiert und der Signifikant mit einer Bedeutung versehen, auch wenn diese nicht fixiert ist; somit ist der leere Signifikant „Soziale Marktwirtschaft“ niemals nur leerer Signifikant. Wenn also Ernesto Laclau (1996: 36) argumentiert, daß ein leerer Signifikant nicht mit einem flottierenden Signifikanten zu verwechseln sei, so muß man dies dahingehend konkretisieren, daß in bezug auf Signifikanten die Qualität des Flottierens eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für die Qualität der Leere darstellt. Jeder leere Signifikant ist empirisch auch ein flottierender Signifikant, aber nicht jeder flottierende Signifikant kann die Funktion eines leeren Signifikanten übernehmen. Die in Frage kommenden Signifikanten müssen, um ihrer Funktion der

Repräsentation des Allgemeinen gerecht werden zu können, in ihrer Funktion als flottierende Signifikanten in mannigfaltiger Weise artikulierbar sein. Daher kann man wohl sagen, daß nur die Signifikanten derjenigen Zeichen, die wir oben als komplizierte Zeichen eingeführt haben (2.2.3), als leere Signifikanten in Frage kommen (wobei wiederum nicht jeder Signifikant eines komplizierten Zeichens ein leerer Signifikant ist!). Wohl auch aufgrund der unauflösbaren Verknüpfung von flottierendem und leerem Signifikanten ist Ernesto Laclau nur kurze Zeit nach dem „Empty Signifiers“-Aufsatz dazu übergegangen, anstelle von „empty signifiers“ von „tentially empty signifiers“ zu sprechen (vgl. z.B. Laclau 2000a: 57; 2000b: 207).³⁰ Offensichtlich bildet auch „Soziale Marktwirtschaft“ einen (komplizierten) flottierenden Signifikanten, ohne daß dies seine Fähigkeit beeinträchtigt, auch als leerer Signifikant zu fungieren, das heißt als partikulares Element auf das Allgemeine und auf die Totalität des Diskurses zu verweisen und damit das diskursive System der deutschen Wirtschafts- und Sozialpolitik zu schließen.

Aus zwei Gründen wäre es vielleicht präziser, anstelle eines leeren oder auch eines tendenziell leeren Signifikanten von einem *geleerten Signifikanten* zu sprechen (ich hatte dahingehend in Nonhoff 2001 argumentiert). Zum einen legt der „leere Signifikant“ einen objektiven Zustand nahe, während ein „geleerter Signifikant“ auf die Tatsache verweist, daß er geleert wurde – und damit auf die mit einem geleerten Signifikanten verbundenen hegemonialen Prozesse. Zum zweiten deutet sich im Partizip „geleert“ im Gegensatz zum Adjektiv „leer“ die Prozeßhaftigkeit an, die meines Erachtens mit leeren bzw. geleerten Signifikanten konstitutiv verbunden ist. Ein Signifikant wird geleert, um der Funktion der Bezeichnung der Totalität gerecht zu werden. Dies ist aber, wie dargelegt, ein äußerst flüchtiger Aggregatzustand, weil der Signifikant empirisch nicht leer bleiben kann, sondern als flottierender Signifikant auf verschiedene, auch konkurrierende Signifikate bzw. Signifikantenketten verweist. Ein geleerter Signifikant befände sich also begrifflich in der Schwebe zwischen seinen Funktionen als leerer und als hegemonial wieder angefüllter, flottierender Signifikant. Trotz dieser Vorteile einer Bezeichnung „geleerter Signifikant“ werde ich mit Blick auf die Wahrung einer einheitlichen und überschaubaren diskurstheoretischen Begrifflichkeit weiterhin vom „leeren Signifikanten“ sprechen.³¹

30 Vollständig leere Signifikanten, so Laclau nun, würden bedeuten, dass das Absolute seinen Ort gefunden hätte, und würden damit das Ende von Hegemonie und damit von Politik einläuten (vgl. Laclau 2000c: 305).

31 Abzulehnen ist hingegen die von Brodocz (2003) bzw. Bonacker/Brodocz (2001) vorgenommene Übersetzung des „leeren Signifikanten“ als „deutungsöffener Signifikant“. Ein deutungsöffener Signifikant ist nichts ande-

Dabei sollte jedoch die dynamische Funktion des Geleert-und-Angefüllt-Werdens stets mitgedacht werden.

Doch zurück zu der Frage, weshalb ein bestimmter Signifikant erfolgreich ist und ein anderer nicht. Das offensichtliche Nebeneinander der regulären Signifikantenfunktion, auf eine Bedeutung zu verweisen (wie instabil und dynamisch auch immer), und der Funktion des leeren Signifikanten, das imaginäre Allgemeine zu symbolisieren, bildet den Schlüssel zu einer Antwort auf diese Frage. Den zentralen Punkt diesbezüglich hat – in Anlehnung an Laclau – vielleicht am pointiertesten Slavoj Žižek formuliert:

Wie kann es aber einem partikularen Inhalt gelingen, einen anderen Inhalt in seiner Aufgabe, Platzhalter für das Allgemeine zu sein, zu verdrängen? Laclaus Antwort heißt *Lesbarkeit*: In einer konkreten Situation [wird ein] Signifikant einer abwesenden Fülle der Gesellschaft durch den partikularen Inhalt überstrahlt, der die alltägliche Erfahrung mitwirkender Individuen überzeugender ‚lesbar‘ macht, es ihnen also in einem höheren Maße erlaubt, ihre Lebenserfahrung zu einer konsistenten Erzählung zu organisieren. ‚Lesbarkeit‘ ist dabei natürlich kein neutrales Kriterium, sie hängt vom ideologischen Kampf ab: Die Tatsache, dass nach dem Zusammenbruch der vorherrschenden bürgerlichen Erzählung im Deutschland der 30er Jahre – die nicht in der Lage gewesen war, für die globale Krise einen zureichenden Grund anzugeben – der Antisemitismus der Nationalsozialisten diese Krise ‚überzeugender lesbar‘ machte als die sozialistisch-revolutionäre Erzählung, ist das zufällige Ergebnis einer Reihe überdeterminierter Faktoren. Oder, um es anders zu sagen, diese ‚Lesbarkeit‘ impliziert kein einfaches Wettbewerbsverhältnis zwischen einer Vielzahl von Erzählungen/Beschreibungen und einer außerdiskursiven Wirklichkeit, wobei die Erzählung eben gewinnt, die der Wirklichkeit am ‚adäquatesten‘ ist: Das Verhältnis ist zirkulär und selbstbezüglich; die Erzählung bestimmt schon vorher, was wir als ‚Wirklichkeit‘ erfahren werden (Žižek 2001: 243).

Žižek verdeutlicht hier zwei wichtige Punkte: Zum einen hängen die Erfolgchancen eines Signifikanten, als leerer Signifikant zu fungieren, davon ab, ob es diesem Signifikanten auf der Ebene der *partikularen* Bedeutung gelingen kann, die Erfahrungen von möglichst vielen der von einem Diskurs Betroffenen konsistent zu organisieren.³² Ganz ähnlich

res als ein Signifikant, dessen Bedeutung nicht fixiert werden kann – eben ein flottierender Signifikant. Die zentrale Funktion des leeren Signifikanten, nämlich auf ein nicht-differentes Allgemeines zu verweisen und damit die Funktion des Zeichenprozesses grundsätzlich zu untergraben, kann aber das Attribut der Deutungs Offenheit nicht erfassen.

32 Laclau selbst formuliert beispielsweise: „This does not mean, of course, that *any* discourse putting itself forward as the embodiment of fullness

hatte auch schon Harold Lasswell argumentiert, daß erfolgreiche Schlüsselbegriffe einen Bezug zur „common experience of millions of men“ herstellen (Lasswell in Lasswell/Leites 1968[1949]: 51). Zum anderen aber dürfen diese Erfahrungen nicht als unmittelbare Wirklichkeitserfahrungen mißverstanden werden. Die unmittelbare Erfahrung des Realen (die keineswegs in Abrede gestellt werden soll) deutet sich zwar an, wenn die Symbolisierung scheitert; sie spielt damit aber diskurstheoretisch nur die Rolle eines – zugegebenermaßen interessanten – Sonderfalls. Aber jede als sinnhaft erfahrene Wirklichkeit basiert auf Differenz und Differenzierung, weshalb es sich immer um artikulierte, das heißt um symbolisch bzw. diskursiv aufbereitete Erfahrung, handelt. Letzteres gilt um so mehr in politischen Diskursen, in denen sich eine Vielzahl diskursiver Subjekte artikuliert austauscht und für diesen Austausch unweigerlich auf sprachliche Artikulation angewiesen ist. Man kann mithin festhalten, daß der Signifikant „Soziale Marktwirtschaft“ in seiner Funktion als leerer Signifikant, das Allgemeine zu symbolisieren, wohl deshalb erfolgreich war, weil er als solcher für einen Großteil der diskursiven Subjekte lesbar war. Und das heißt nichts anderes, als daß er für die Betroffenen aufgrund ihrer (diskursiv organisierten) Erfahrungen das Versprechen barg und birgt, die abwesende Fülle des deutschen Wirtschafts- und Sozialsystems zu sichern. Daß solche Erfolge niemals notwendigerweise aus „allgemein-menschlichen“ Erfahrungen resultieren, läßt sich schon daraus ersehen, daß der hegemoniale Erfolg der „Sozialen Marktwirtschaft“ im wesentlichen auf den Raum der Bundesrepublik Deutschland beschränkt geblieben ist.³³

Signifikanten bleiben also, auch wenn sie entleert werden, in das Signifikantennetz eingebunden und verlieren ihre flottierenden, partikularen Bedeutungen nicht. Die Entleerung stellt sich vielmehr ein, wenn auf der partikularen Bedeutungsebene die Erfahrungen verschiedener Subjekte, die vom Diskurs betroffen sind, organisiert werden. Dabei läßt sich annehmen, daß ein Signifikant in seiner Funktion als leerer Signifi-

will be accepted. The acceptance of a discourse depends on its credibility, and this will not be granted if its proposals clash with the basic principles informing the organization of a group“ (Laclau 1990: 66). In ganz anderem Zusammenhang argumentiert Hajer (1995: 56-65) ähnlich, wenn er den Erfolg sogenannter „story lines“, die die zentralen Elemente von Diskursen organisieren, an die Erfahrung der Betroffenen bindet; allerdings ist Hajers Konzept der „story lines“ breiter gefaßt als das der leeren Signifikanten.

- 33 Frankreich etwa machte in den 1950er Jahren unter der „Planification“ eine vergleichbare Aufschwungserfahrung wie Deutschland unter der „Sozialen Marktwirtschaft“ (vgl. Hentschel 1999: 31/32); vgl. zum spezifisch Deutschen der Sozialen Marktwirtschaft auch Foucault (2004: 148-260).

kant wesentlich gestärkt wird, wenn er innerhalb des Signifikantennetzes in (Äquivalenz-)Relationen zu weiteren leeren Signifikanten artikuliert wird (was vor allem die oben ausgeführten Relationen zu den Hochwertbegriffen betrifft). Dies gilt wenigstens für unseren Fall: Nur solange „Soziale Marktwirtschaft“ auf andere leere Signifikanten verweist, die selbst ebenfalls auf ein nicht-differentes Allgemeines verweisen (so wie sicherlich die Grundwerte Freiheit, Gleichheit, Verantwortung, Gerechtigkeit; ähnliches gilt mit Abstrichen für die gesamtwirtschaftlichen Ziele), kann sich dieser Leitbegriff der deutschen Wirtschaftsordnung als Signifikant einer diskursjenseitigen Vollkommenheit behaupten. Die politische Macht eines leeren Signifikanten kann sich nur dann entwickeln, wenn er in ein Netz von leeren Signifikanten eingebaut ist.

Ein weiterer Aspekt sollte nochmals betont werden: Aufgrund der Komplexität, die jedem leeren Signifikanten in seiner Funktion als flotrierender Signifikant aneignet, aber dabei vor allem aufgrund der Komplexität, die spezifisch durch die Verbindung zu weiteren leeren Signifikanten entsteht, verwundert es kaum, daß durch unterschiedliche Artikulationen der komplexe Verweisungszusammenhang „gewaltsam“ – gleichwohl unvermeidbar – reduziert wird, wodurch unweigerlich das entsteht, was oben (3.2) als Deutungskonflikt bezeichnet wurde. Daß diese Konflikte unvermeidbar mit der Entleerung des leeren Signifikanten einhergehen, bedeutet dabei nicht, daß man *essentially contested concepts* im Sinne W.B. Gallies zu tun hätte (vgl. Gallie 1956).³⁴ Es sind nicht die Begriffe, und erst recht nicht die Signifikanten, denen eine „Essenz“ der Umstrittenheit aneignet. Es ist der Ort der Repräsentation des Allgemeinen, mit dem die Umstrittenheit zwangsläufig verbunden ist. Welcher Signifikant letztlich diesen Ort einnimmt, ist von kontingenten diskursiven Entwicklungen abhängig, die allerdings vor dem Hintergrund von ihrerseits diskursiv geprägten Erfahrungen stattfinden.

34 Gallie vertrat die Ansicht, daß *essentially contested concepts* jede organisierte oder teilorganisierte menschliche Tätigkeit charakterisieren (vgl. Gallie 1956: 168). Der Streit um solche Begriffe, für die Gallie die Beispiele „christliches Leben“, „Kunst“, „Demokratie“ oder „soziale Gerechtigkeit“ – allesamt ganz offensichtlich in ihren diskursiven Kontexten leere Signifikanten! – diskutiert (vgl. ebd.: 180-187), ist demnach grundsätzlich nicht beilegbar; vielmehr gehört es zur angemessenen Verwendung dieser Begriffe, daß sich um die angemessene Verwendung endlose Diskussionen und Konflikte entwickeln (vgl. ebd.: 169). Im Anschluß v.a. an Gallie argumentierte William E. Connolly (1983[1974]: 30), daß der Streit um zentrale Begriffe des politischen Diskurses wesentlich für das Politische selbst seien: „[...] these contests are not just *about* the concepts of politics but are *part of* politics itself.“

Die Überlegungen zur Konfliktart des Deutungskonflikts können nun dahingehend präzisiert werden, daß der Konflikt um eine bestimmte Lesart eines geleerten, dann aber flottierenden Signifikanten im wesentlichen ein Ringen darum ist, auf welche anderen geleerten Signifikanten er verweisen soll. Wenn es zu einem solchen Konflikt zweiter Ordnung kommt (nach dem Konflikt erster Ordnung darum, welcher Signifikant überhaupt den Ort des Repräsentanten den Allgemeinen einnimmt), so ist dies ein Kennzeichen für eine erfolgreiche hegemoniale Praxis, denn es wird nun um die Bedeutung der zentralen umfassenden Forderung gestritten und nicht mehr um die Angemessenheit der Forderung selbst. Das heißt auch, daß im Gegensatz zu der hier mehrfach dargestellten Position, nach der die Deutungs Offenheit diskursiver Elemente (und insbesondere die von komplizierten sprachlichen Zeichen) den politischen Zusammenhalt gefährde, gerade die Nicht-Fixiertheit von Bedeutung die Integration konträrer diskursiver Positionen möglich macht.³⁵

35 Somit ist es gut nachvollziehbar, wenn Bergsdorf (1991: 24) argumentiert, daß „[d]ie Kritik an der mangelnden Präzision der politischen Sprache [...] als Kompliment für ihre Integrationsleistung verstanden werden“ kann. In ähnlichem Sinne sprechen z.B. Bonacker/Brodacz (2001), die mit dem Theorem des leeren Signifikanten arbeiten, davon, daß die Integration der internationalen Gemeinschaft gerade erst durch die grundsätzlich Deutungs Offenheit zentraler Begriffe wie der „Menschenrechte“ möglich wird. Maarten Hajer (1995: 61) stellt allgemein fest, daß „the power of a political text is not derived from its consistency [...] but comes from its multi-interpretability.“